

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Telefon Nr. 1111
Telegraphenamt: 202 bis 207
Telegraphenamt: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT



In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts..... 15 Pf.
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
siehe am Schluß des heftigen Teils

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Frankreich hat recht! Der Schuldenkampf mit USA.

Es gibt in Deutschland engstirnige und kurzfristige Menschen, die Schadenfreude darob empfinden, daß Amerika sich gegenüber seinen europäischen Schuldnern so unnachgiebig verhält. Das sind vor allem jene nationalistischen Kreise, die grundsätzlich in allem und jedem Frankreich Unrecht geben und jede Schädigung des französischen Volkes als einen Gewinn für Deutschland betrachten.

Der „Vormwärts“ hat schon mehr als einmal in den letzten Jahren zum Ausdruck gebracht, daß ihm die Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber seinen europäischen Schuldnern ebenso unklar wie ungerade erscheint. Darüber hinaus muß aber gerade in der heutigen Situation hier mit aller Schärfe betont werden, daß dieses Verhalten der Vereinigten Staaten obendrein noch im höchsten Maße illegal ist. Wir haben volles Verständnis dafür, daß es der Regierung der Vereinigten Staaten nicht leicht fällt, in einer Zeit schwerer Wirtschaftskrise und gesunkenen Volkseinkommens ein Opfer zu bringen, das zunächst die Millionen von amerikanischen Sparern, die die Anleiheplätze gezeichnet haben und besitzen, treffen würde. Kommt der Staat für den Ausfall auf, der aus einer Nichtbezahlung der Zinsen durch die Schuldnerstaaten entstehen würde, dann trifft das indirekt die Masse der amerikanischen Steuerzahler.

Das alles ist durchaus richtig und bekannt. Aber ebenso unzweifelhaft ist es, daß die juristische Trennung von Schulden und Reparationen nur noch eine Fiktion ist, seitdem die Regierung der Vereinigten Staaten immer wieder auf die Reparationsgläubiger Deutschlands in dem Sinne eingewirkt hat, daß sie ihre Ansprüche ermäßigten und schließlich sogar praktisch völlig aufgaben. Dawes-Plan, Young-Plan, und schließlich Lausanner Abkommen sind nicht nur unter mehr oder minder aktiver und offizieller Mitwirkung der Amerikaner, sondern auch unter ihrem Druck zustande gekommen. Dawes-Plan und Young-Plan haben sogar eine faktische Verbindung zwischen den interalliierten Schulden und den deutschen Reparationen unzweifelhaft hergestellt.

Das Hoover-Moratorium erstreckte sich auf beide Arten von Zahlungen. Es wurde von Frankreich unter amerikanischem Druck schließlich unter der scheinbar selbstverständlichen Voraussetzung unterzeichnet, daß, solange die deutschen Zahlungen nicht wieder aufgenommen werden würden, auch die alliierten Schuldner nichts an Amerika zu bezahlen haben würden. Schon damals malten die französischen Nationalisten in ihrer Opposition gegen das Moratorium das Gespenst einer Situation an die Wand, bei der schließlich Deutschland nichts mehr zu zahlen brauche, dagegen Frankreich mit seinen Schulden an Amerika sitzen bleiben würde.

Diese Warnungen wurden von der versöhnungsbereiten Linken als unbegründet zurückgewiesen, weil man den Vereinigten Staaten eine derartige Unfairness nicht zutrauen wollte. Immerhin wurde das Hoover-Moratorium von Frankreich nur unter dem Vorbehalt ratifiziert, daß eine solche Lage nicht eintreten würde oder daß sonst Frankreich die Konsequenzen aus der Zahlungsverweigerung an Amerika ziehen müßte.

Ähnliche Debatten haben sich erst im vergangenen Sommer aus Anlaß des Lausanner Abkommens abgespielt. Wieder einmal warnte die nationalistische Rechte, die ihre Zustimmung zu einer Reparationsstreichung davon abhängig machen wollte,

Winterhilfe — nicht befriedigend!

Die Reichsregierung gibt keine Auskunft über das Ausmaß

Die Beratungen im Haushaltsausschuß des Reichstags über die Winterhilfe führten erst am gestrigen Nachmittag zu einem abschließenden Resultat, das aber durchaus nicht befriedigen kann.

Die Debatte wurde im besonderen von den Sozialdemokraten zwar immer wieder auf ihren Standpunkt, auf die Finanzierung, also auf die Bereitstellung von Reichsmitteln zurückgeführt, aber der amwesende Finanzminister Schuler von Krosigk vermied es systematisch, seinerseits eine klare positive Stellung einzunehmen.

Nach einer eingehenden Erörterung, an der sich unter anderem die Abg. Karsten (Soz.) und Faust (Soz.) beteiligten, betonte der Reichsfinanzminister nochmals,

daß die Reichsregierung helfen wolle, aber sie könne weder den sozialdemokratischen Deckungsvorschlägen zustimmen, noch ihrerseits etwas Positives über den von ihr beabsichtigten Umfang der Finanzierung der Winterhilfe schon jetzt sagen.

Er verwies nochmals darauf, daß die nationalsozialistischen Hoffnungen irrig seien, wenn sie annehmen, daß man die Winterhilfe aus rückständigen Steuern und aus deren Bezahlung durch

Nahrungsmittel und Gegenständen des täglichen Bedarfs gewinnen könne. Wenn jemand Steuern zahlen könne, dann brauche er das nicht in Getreide oder Kartoffeln zu tun, wenn er aber mit seinen Steuern rückständig bleiben müsse, dann habe er auch nicht die Möglichkeit, sie in Form von Nahrungsmitteln zu bezahlen. Das beweist der Versuch, der in Oldenburg gemacht worden sei.

Zum Schluß wurden die Anträge des Sozialpolitischen Ausschusses angenommen, dazu der sozialdemokratische Ergänzungsantrag, nach dem in den Monaten Dezember bis April für jeden unterstützungsberechtigten Haushalt wöchentlich 2 Kilogramm Brot und 1/2 Kilogramm Fleisch, weiter 20 Zentner Kohlen zu liefern sind, bei Haushalten von mehr als drei Köpfen sollen diese Mengen entsprechend höher bemessen sein.

Die sozialdemokratischen Deckungsvorschläge für die Ausgaben wurden abgelehnt, dagegen wurde ein nationalsozialistischer Antrag angenommen, nach dem von Bauern und Angehörigen des gewerblichen Mittelstandes die rückständigen Steuern auch in Naturalien oder Gegenständen des täglichen Bedarfs gezahlt werden können.

Ein Zentrumsantrag, der angenommen wurde, ist ein Versuch, der Regierung Schlichter eine Brücke zu bauen, damit sie im

Sinne der Entschlüsse des Sozialpolitischen und des Haushaltsausschusses zur Winterhilfe handelt aber im Umfang ihrer Leistung freibleibt. In diesem Beschluß wird die Reichsregierung ermahnt,

in einem Zweimonatsprogramm in eine praktische Winterhilfe einzutreten, die neben der Sicherung der Zahlungen für die Wohlfahrtsvereine in den Gemeinden und neben der Arbeitsbeschaffung die Wintermonate durch besondere Maßnahmen zu überwinden suchen soll.

Und zwar soll die Reichsregierung die von ihr vorzunehmende Arbeitsbeschaffung beschleunigen und die Sicherstellung der Gemeinden für die Leistungen der Wohlfahrtsvereine gewährleisten. Da diese Maßnahmen, so fährt die angenommene Entschließung fort, nicht hinreichen, der schweren Notlage des Winters zu steuern, hat die Reichsregierung Mittel zur Verfügung zu stellen, die nach den Richtlinien des Sozialpolitischen Ausschusses, gemäß der Entschließung vom 10. Dezember 1932 zu verwenden sind. Dem Hauptauschuß ist baldigst zu berichten.

Damit sind die sozialdemokratischen Forderungen für eine ernst zu nehmende Winterhilfe vorläufig nicht erfüllt!

Herriot vor dem Sturz

Ungünstiger Eindruck seiner Rede über die Schuldenfrage

Eigener Bericht des „Vormwärts“

Paris, 12. Dezember.

Die französische Kammer hat sich am Montag noch nicht über die Schuldzahlung an Amerika ausgesprochen, sondern nach einer fast dreistündigen Rede Herriots, in der der Beschluß der Regierung, die am 15. Dezember fällige Rate an Amerika mit Vorhalten zu zahlen, begründet wurde, die Fortsetzung der Debatte auf Dienstag nachmittag beschloß.

Die Vertagung wird offiziell damit begründet, daß der Finanz- und der Auswärtige Ausschuß der Kammer erst zu dem Beschluß der Regierung Stellung nehmen und dann eine Entschließung ausarbeiten müssen, die der Kammer zur Annahme empfohlen werden soll. In Wirklichkeit ist für die Vertagung ein ganz anderer Grund maßgebend. Da sich die französische Regierung für die Zahlung mit Vorhalten nach englischem Muster ausgesprochen hat, diese Vorbehalte aber von Amerika abgelehnt worden sind, kann die französische Regierung natürlich nicht dieselben Vorbehalte machen. Infolgedessen war Herriot auch nicht in der Lage,

im Laufe seiner Rede die Natur der Vorbehalte anzugeben. Er muß sich gemäß den getroffenen Vereinbarungen erst mit England ins Einvernehmen setzen, um zu beraten, in welcher Weise man nun gegenüber Amerika vorzugehen gedenkt. Wenn darüber zwischen Frankreich und England eine Einigung erzielt ist, was wahrscheinlich erst im Laufe der Nacht zum Dienstag oder aber am Dienstagvormittag möglich sein wird, kann Herriot vor den zuständigen Kommissionen erscheinen, um seine neuen Vorbehalte mitzuteilen.

Vom parlamentarischen Standpunkt betrachtet ist diese Einigung eigentlich überflüssig. Denn die Art, in der Herriot den Zahlungsbefehl der Regierung begründete, hat auf die Kammer, obgleich die Rede an mehreren Stellen fast einstimmigen Beifall fand,

einen schlechten Eindruck

gemacht, was der Ministerpräsident am Schluß seiner Ausführungen selbst fühlte.

In den Wandelgängen der Kammer wurde nach Schluß der Sitzung allgemein erklärt, daß die Regierung am Dienstag geführt

werden wird, da sie von über 600 Stimmen höchstens 200 erhalten werde.

Die Sozialisten sind entschlossen, der Regierung das Vertrauen zu verweigern. Nach der Haltung der Rechten und der Mitte bei den entscheidenden Stellen der Rede ist auch dort mit einer geschlossenen Ablehnung des Regierungsstandpunkts zu rechnen.

Die Rede Herriots gliederte sich in drei Teile. Im ersten Teil gab der Ministerpräsident einen historischen Überblick über das Schuldenproblem. Gleich zu Anfang seiner Ausführungen wies Herriot mit lobenden Worten auf die Interventionen Amerikas im Kriege auf Seiten der Alliierten hin. Er erklärte, daß die ganzen Schwierigkeiten, in denen man sich jetzt befindet, darauf zurückzuführen seien, daß Amerika die bei der Unterzeichnung der Friedensverträge versprochenen Sicherheitsgarantien nicht gewährt habe und daß die Vereinigten Staaten nicht in den Völkerbund eingetreten seien. Er erinnerte an die Vorbehalte, die bei der Ratifizierung des Schuldenabkommens im Jahre 1929 von der Kammer und dem Senat gemacht worden sind,

daß erst Amerika schwarz auf weiß das Versprechen der Schuldenstreichung abgebe. Das Beherrschende war zwar nicht zu erreichen, aber die gesamte öffentliche Meinung in Frankreich empfand es als eine Selbstverständlichkeit, daß das die Konsequenz des Lausanner Abkommens sein würde, und daß die Vereinigten Staaten zumindest für die Dauer der völligen Befreiung Deutschlands von seinen Verpflichtungen das Hoover-Moratorium auch für die interalliierten Schulden verlängern würde.

Das haben die Vereinigten Staaten neuerdings abgelehnt. Die Empörung in ganz Frankreich ist allgemein und, wie wir ausdrücklich hinzufügen möchten, vollkommen berechtigt. Frankreich hat das Gefühl, daß es von den Amerikanern förmlich hereingelegt worden ist. Die Ge-

fahr, daß die öffentliche Meinung Frankreichs nunmehr daraus die Konsequenzen ziehe, daß es das Lausanner Abkommen nicht mehr anerkenne, das sowieso bisher von keiner Macht ratifiziert ist, und daß sie nunmehr leidenschaftlich die Wiederaufnahme der deutschen Reparationszahlungen an Amerika zu fordern, darf nicht unterschätzt werden. Es können daraus neue Konflikte entstehen, von deren Ausmaß und Gefährlichkeit man sich in Deutschland noch keinen rechten Begriff macht.

Die Lage für Frankreich ist wirklich tragisch, und man muß den Mut bewundern, mit dem Herriot dennoch versucht, für eine Bezahlung der fälligen Rate die Mehrheit des Parlaments zu gewinnen. Aber volles Verständnis haben wir erst recht für

die Haltung unserer französischen Genossen, deren Opposition gegen diese Absicht der Regierung nicht nur aus einem berechtigten Protest gegen die Haltung der Vereinigten Staaten, sondern auch und nicht zuletzt aus der Sorge entspringt, daß eine etwaige Bezahlung der amerikanischen Rate eine Volksbewegung in Frankreich entfachen könnte, die für die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen überaus gefährlich wäre!

Baden gegen das Reich. Am 17. Dezember verhandelt der 5. Präsidialrat des Reichsgerichts über die verfassungsmäßige Streitfrage des Landes Baden gegen das Deutsche Reich betreffend die Genehmigung von Reichsbahnanlagen.

Sozialistische Klärung

Die Berliner Bürositzung der Internationale

und die sich auf der gleichzeitigen Ratifizierung des Young-Plans stützen. Der Young-Plan, bei dessen Ausarbeitung die Amerikaner an hervorragender Stelle beteiligt waren, habe eine tatsächliche, wenn auch nicht eine juristische Verbindung zwischen Reparationen und Schulden hergestellt. Wenn Frankreich den in diesem Plan vorgesehenen Betrag von 200 Millionen Pfund jährlich erhalten hätte, wäre es befreit gewesen und hätte die amerikanischen Schulden regelmäßig gezahlt. Aber dieser ganze Mechanismus sei durch das Hoover-Moratorium vom vorigen Jahre zerstört worden. (Großer Beifall der Kammer mit Ausnahme der Sozialisten und Kommunisten.)

Auch das Hoover-Moratorium habe klar das Prinzip der Verbindung zwischen Reparationen und Schulden anerkannt, ebenso die von Lausanne und Hoover im Oktober 1931 ausgearbeitete Vereinbarung, die vor einer Revision der Schuldenabkommen eine Einigung der europäischen Staaten über ihre gegenseitigen Schulden und Schuldforderungen verlangt habe. Diese Einigung sei in Lausanne zustande gekommen. Frankreich habe damals geglaubt, daß Europa jetzt seine Pflicht getan habe und daß es mit Ruhe die Entscheidung Amerikas über die Schulden abwarten könne. Aber das einzige Land, das aus dem Lausanner Abkommen Nutzen gezogen habe, sei Deutschland gewesen. Außerdem habe Lausanne die privaten Schuldforderungen der Amerikaner auf 100 Proz. aufgewertet.

Im zweiten Teil seiner Rede ging Herriot auf die letzten Verhandlungen über die am 15. Dezember fällige Zahlung ein. Er wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Frankreich nicht bloß mit Amerika, sondern auch mit England zu tun habe, dem seine Schulden gleichfalls zurückzuerstatten werden müßten, wenn Amerika auf der weiteren Ausführung der Schuldenabkommen bestünde. England habe sich bei diesen Verhandlungen, so erklärte Herriot, gegenüber Frankreich und der französischen Nation mit einer bewundernswürdigen Loyalität und Geradheit sowie einem vollen Vertrauen gezeigt.

Im dritten Teil seiner Rede beschäftigte sich Herriot schließlich mit den Lösungen, die für die Schuldzahlung am 15. Dezember möglich sind. Er erklärte sofort, daß zur Zeit

keine einzige Lösung zu finden sei, die frei von jeder Kritik wäre.

Die Regierung habe sich daher bemüht, die Lösung zu finden, die jetzt die wenigsten Nachteile habe. Alle Mittelstellungen, wie Deponierung des Betrages bei der BIZ, usw. habe die Regierung einstimmig abgelehnt. Denn sie hätten alle Nachteile der Zahlung, ohne deren Vorteile zu haben. Ueber die Lösung mit Hilfe des Schiedsgerichts habe die Regierung lange nachgedacht. Aber ein Schiedsgerichtsverfahren setze ein *compromis* voraus. Außerdem müßte es von dem amerikanischen und französischen Parlament genehmigt werden. Dieses Verfahren sei also auch nicht möglich gewesen. Die Zahlung ohne Bedingungen oder Vorbehalte lehne die Regierung ab, weil sie nicht darauf verzichten wolle, die Interessen Frankreichs zu verteidigen. Die Zahlungsverweigerung komme auch nicht in Frage. Er, Herriot, verstehe zwar sehr gut die Reaktion der Kammer und des Publikums auf die Bereitwilligkeit zur Zahlung, denn Frankreich habe während des Krieges Leiden ertragen, die kein anderes Land gekannt habe. Aber die Leidenschaft habe bei dem vorliegenden Problem nicht mitzusprechen; nur die Interessen Frankreichs seien maßgebend. Durch eine endgültige Verweigerung der Schuldentilgung würde das

furchtbare Mißverständnis, das zwischen dem amerikanischen und dem französischen Volk besteht,

und das durch eine zynische Presse in Amerika (gemeint die Hearst-Presse) geschürt wird, noch vergrößert werden. Außerdem habe Senator Breauger in einer Erklärung vor dem Ausschussigen Ausschuss des Senats darauf hingewiesen, daß es sich bei den amerikanischen Schulden nicht nur um Zahlungsüberweisungen von Schagami zu Schagami handele, sondern daß die Schulden in kleinen Kuponen zu je 100 Dollars unter 61 Millionen Amerikaner verteilt seien. Die Interessen der kleinen Leute in Amerika würden also durch die Zahlungsverweigerung stark geschädigt werden.

Als die Rechte diese Ausführungen Herriots mit Värm unterbricht, erklärt der Ministerpräsident, zur Rechten gewandt, er bitte um Aufmerksamkeit in einem Augenblick, in dem er die von ihm im Jahre 1929 gegebene Unterschrift unter der Ratifizierung des Abkommens verteidige. (Großer Beifall links). Ferner, so fuhr Herriot fort, würde die Zahlungsverweigerung die Politik gegenseitiger Verträge, die Frankreich mit England befolgt habe, aufs schärfste kompromittieren. Aus allen diesen Erwägungen heraus sei die Regierung zu dem Schluß gekommen,

daß Frankreich die am 15. Dezember fälligen Summen mit Vorbehalten zahlen müsse.

Die Ratifizierung des Schuldenabkommens sei durch ein Gesetz verordnet worden, das die Unterschrift des Präsidenten der Republik trage. Diese Unterschrift müsse Frankreich achten, wie es bisher stets für die Achtung aller Verträge eingetreten sei. Selbst Deutschland habe die Verträge respektiert. Nur einmal sei eine Verletzung Deutschlands offiziell festgesetzt worden, und diese habe zur Ruhr-

Das Bureau der Sozialistischen Arbeiter-Internationale beschäftigte sich im Anschluß an die Sonntag-Diskussion über die internationale Lage am Montag besonders mit der Situation im Fernen Osten. In diesem Zusammenhang wurde auch über die Mißverständnisse, die die Reise des Japaners Bunji Suzuki in der Presse hervorgerufen habe, folgende Feststellung gemacht:

Das Bureau der SWA hat von dem Bericht des Sekretariats und anderer Parteien Kenntnis genommen über die Reise von Bunji Suzuki, die das Ziel der Propagierung der imperialistischen Politik der japanischen Regierung unabweislich verfolgt.

Das Bureau der SWA erklärt, daß es nicht festzustellen in der Lage ist, ob Bunji Suzuki befugt ist, im Namen der neu gegründeten „Sozialistischen Massenpartei“ aufzutreten. Diese neu gegründete Partei ist nicht Mitglied der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, ebenso wenig wie die nun nicht mehr bestehende „Sozialdemokratische Partei Japans“ es war. Auch hat keine dieser Parteien jemals um die Aufnahme in die Sozialistische Arbeiter-Internationale angefragt. Das Bureau

der SWA ist bei der Unterdrückung der freien Meinungsäußerung in Japan unter dem Kriegszustand gegenwärtig noch nicht in der Lage festzustellen, welche Stellung die neu gegründete „Sozialistische Massenpartei“ in den Fragen der auswärtigen Politik tatsächlich einnimmt, es erklärt aber daß es

die Versuche der Beschönigung der imperialistischen Eroberungspolitik Japans, die Suzuki bei seinen Unterredungen in Europa versucht, auf das schärfste verurteilt.

Das Bureau erinnert an die Resolution der Exekutive der SWA vom 20. Mai 1932, in der die Stellung der Sozialistischen Arbeiter-Internationale gegen den Krieg im Fernen Osten und gegen die imperialistische Eroberungspolitik Japans festgesetzt ist.

Im Laufe der Verhandlungen über die internationale Lage nahm das Bureau auch zu den tragischen Ereignissen in Genf durch folgende Entschiedenheit Stellung:

Das Bureau der SWA nimmt Kenntnis von den Genfer Ereignissen vom 9. November 1932, spricht seinen Abscheu und seine Enttäuschung über die brutale Schieberei schweizerischer Miliztruppen auf demonstrierende Arbeitermassen aus,

erblickten in der Verhinderung der Teilnahme eines demokratisch gewählten Abgeordneten an den Verhandlungen des Parlaments durch den schweizerischen Nationalrat selbst einen Akt politischer Kacke und übermittelte den Opfern der blutdürstigen Reaktion der Genfer und der Schweizer Bourgeoisie den Ausdruck herzlichster Sympathie.

Die weiteren Beratungen des Bureaus galt der Organisation einer internationalen Sozialistischen Konferenz, die im Prinzip von allen angeschlossenen Parteien bereits gutgeheißen worden ist. Diese

Konferenz, die die Aufgabe haben wird, die prinzipielle geistige Orientierung über die großen Probleme, vor denen die Arbeiterklasse heute steht, zu fördern,

wird von einer Sitzung der Exekutive der SWA in der zweiten Hälfte Februar in den Einzelheiten endgültig vorbereitet werden. Die Exekutive wird sich über Tagesordnung, Zeit und Ort der Konferenz schlüssig zu werden haben. Das Bureau hat in dieser Richtung vorläufige Empfehlungen an die Exekutive formuliert.

Der rote Hahn der Nazis

SA.-Führer in Thüringen brennt Scheunen von Landbundanhängern nieder

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Weimar, 12. Dezember.

Eine Schwurgerichtsverhandlung fand heute im Gasthof in Udestedt, einer 900 Einwohner zählenden Gemeinde im Kreise Weimar unter sehr starkem Andrang der Landbevölkerung statt. Angeklagt waren der 49 Jahre alte Gast- und Landwirt Steinmann und der 32 Jahre alte Landwirt Erbs wegen Brandstiftung. Beide Angeklagte sind in Udestedt wohnhaft und noch nicht verurteilt.

Steinmann war zur Zeit der Tat SA-Truppführer und Erbs SA-Scharführer. Steinmann war der Gründer der SA in Udestedt.

Er wurde später aus der SA ausgeschlossen, weil er Uniformgelber einfasziert, dieselben aber nicht abgeliefert, sondern für sich verwendet hat. Dem SA-Scharführer Erbs wird nach der Anklageschrift zur Last gelegt, im Oktober 1931 einen Strohschuber angezündet zu haben, der wegbrannte. Ferner soll er den Versuch gemacht haben, einen zweiten Strohschuber wegzubrennen. Im November 1931 soll er eine Scheune angebrannt haben. Bei diesem Brand ist nicht nur die Scheune, sondern auch ein Stallgebäude und das Dach eines Wohnhauses mit weggebrannt. Durch den Brand ist ein Schaden von

15 000 Mark entstanden. Am 26. Januar 1932 soll Erbs wieder eine Scheune weggebrannt haben und am 1. März 1932 den Versuch gemacht haben, eine weitere Scheune wegzubrennen.

Dem SA-Truppführer wird vorgeworfen, daß er der Kulkister zu den Bränden gewesen sei. Er soll auch nach der Aussage des SA-Scharführers Erbs auf Grund seiner Autorität als Vorgesetzter ihn dazu bestimmt haben, die Brände anzulegen.

Ferner wird Steinmann vorgeworfen, seine Theaterbühne, auf die er vorher ein hochpersichertes Orchester gebracht hatte, selbst angezündet zu haben. Steinmann wird nur von Erbs belastet und daher mangels ausreichender Beweise freigesprochen. Erbs ist geschuldig und erhält wegen drei vollendeter und einer versuchten Brandstiftung drei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust. Die Untersuchungskosten wird ihm angedreht.

Die Ursache zu diesen Taten waren, wie aus der Verhandlung hervorging, die politischen Spannungen zwischen Nationalsozialisten und Landbundanhängern, die besonders in Thüringen sehr stark in Erscheinung getreten sind und noch heute fortbestehen.

Göring drängt zum Amt

Ergebnisloser Besuch bei Hindenburg

Der Reichspräsident empfing am Montag in Gegenwart des Reichskanzlers den Nazipräsidenten des Reichstags Göring und den Nazipräsidenten des Preussischen Landtags Kerl. Die Besprechungen galt dem Preußenkonflikt.

In letzter Zeit drängen die Nationalsozialisten immer stärker zur Neuwahl der preussischen Regierung. Göring soll und will Ministerpräsident werden. Aber er will und darf nach den Beschlüssen der Nazipartei nicht unter den Voraussetzungen, die vom Reich an die Aufhebung des Preußenkommissariats geknüpft werden. Die Reichsregierung will das Kommissariat nur aufheben, wenn der neue preussische Ministerpräsident als Vizekanzler in das Reichskabinett eintritt. Auf diese Weise soll die Isolierung der Schleich-Regierung durch die Nationalsozialisten erzwungen werden. Gegen diesen Zwang wenden sich die Nationalsozialisten. Ihn zu beizügeln, war der Zweck der Unterredung mit Hindenburg. Allerdings ist diese Besprechung negativ verlaufen.

China — Rußland

Diplomatische Beziehungen wieder aufgenommen

Genf, 12. Dezember.

Der russische Außenminister Litwinow und der chinesische Vertreter Yen haben am Montag durch Notenaustausch die sofortige Wiederaufnahme der diplo-

matischen und konsularischen Beziehungen, die 1929 durch die chinesische Zentralregierung abgebrochen worden waren, in Kraft gesetzt. Dem Abschluß dieses Vertrages im Augenblick des Beginns der Verständigungsaktion des Völkerbundes zwischen China und Japan wird eine sehr große Bedeutung beigelegt. Litwinow bringt den Sowjetstaat bei dieser Gelegenheit in einem Kommuniqué gegenüber Amerika in empfehlende Erinnerung. Nur wenn alle Staaten, sagt er darin, wieder normale Beziehungen unterhalten, könne von einer wirklichen internationalen Zusammenarbeit für den Frieden und internationaler Einhaltung von Friedensverträgen und Übereinkommen sowie von der Schaffung anerkannter autoritativer universeller Organisationen gesprochen werden.

Besuch in Doorn

Eindringling mit dem Dolche

Walffs Büro meldet aus Doorn (Holland):

An Haus Doorn, der Bestimmung des ehemaligen deutschen Kaisers, kam es heute zu einem auffallend interessanten Vorfall, bei dem vermutlich ein Anschlag auf das Leben des ehemaligen Kaisers geplant war. Im Laufe des Nachmittags überstieg ein unbekannter Mann an einer einsamen Stelle die Hausmauer umgebende Mauer, ohne daß jemand ihn dabei bemerkte. Später wurde der Eindringling jedoch von mehreren Dienern in einem der Türme des Schlosses entdeckt, überwältigt und der Polizei übergeben. Es stellte sich heraus, daß er einen Revolver schweren Kalibers sowie einen großen Dolch bei sich führte. Der Festgenommenen ist deutscher Staatsangehöriger. Er verweigert hartnäckig Auskunft über seine Person sowie über den Zweck seines auffälligen Treibens. Es ist jedoch bereits festgestellt worden, daß er sich seit dem vergangenen Sonnabend in Doorn aufhält.

Da der Mann bisher keine Auskunft über Namen und Abkunft gegeben hat, weiß man natürlich auch nichts über den Grund des festgenommenen Besuches. Die „Vermutung“, daß ein Anschlag auf Wilhelms Leben geplant war, ist zunächst wirklich nur eine Vermutung. Im übrigen kann es sich nur entweder um einen überspannten Patrioten handeln, der ausgerechnet das Haus Doorn besuchen mußte, oder um sonst einen geistig Erkrankten. Denn die Idee, einen „Anschlag“ auf das Leben eines politischen Toten zu verüben, könnte nur einem kranken Hirn entspringen. Anders könnte nur eine politische Kacke von abgrundtiefer Kaisertrauer dahinterstecken. Aber das wagen wir nicht einmal anzunehmen.

Der Skandal von Trakhten. In Trakhten sind wir mehrere im Arbeiter vom Gestalt-Direktor Dr. Albert Kriflos entlassen worden, weil sie in einer Kasseverammlung beim Hitzloch sitzen geblieben waren. Eibert der d-Entlastung entziehen einem arbeitserhülligen Urteil aufrecht erblickt. Ist jetzt von Berlin ankommen worden, die Arbeiter wieder einzuführen. Und wann wird er, wie er es verdient, davon gelastet?

SA-Mann erschossen aufgefunden. In der Nähe der Ortschaft Kischelort in Mecklenburg wurde heute früh ein SA-Mann in voller Uniform auf der Straße als Leiche aufgefunden. In der Nähe der Leiche befand sich ein Revolver. Die Leiche selbst wies einen Schuß in der Schläfe auf. Es steht noch nicht fest, ob der SA-Mann das Opfer eines Verbrechens geworden ist oder ob er Selbstmord verübt hat.

Das Haus der Lords

Englands „erste Kammer“ in der Kritik der sozialistischen Arbeiterbewegung

Eigener Bericht des „Vormärts“

London, 12. Dezember.

Im Kampfe gegen die Demokratie ist in allen Ländern eines der bestbelegten Instrumente die „erste Kammer“. Die Reaktion wütet fort gegen die Verlangsamung und Umständlichkeit, die angeblich durch eine demokratische Volksvertretung in die Staatsgeschäfte hineingebracht wird. Aber eine zweite Instanz, die in den Gang der Geschäfte eingeschaltet wird, ist ihr nicht zu wider, solange diese Instanz dem Fortschritt ein Hemmnis bietet. Das ist, auf die einfachste Formel gebracht, die Funktion der „ersten“ Kammer, wo sie auch besteht.

Das britische Oberhaus, das „House of Lords“, übt neben dieser Funktion auch andere aus. Dieses Herrenhaus dient der Aufrechterhaltung aller gesellschaftlichen, kulturellen und sozialen Traditionen, die den britischen Konservatismus verkörpern. Die Klassenschichtung der britischen Gesellschaft offenbart sich hier in Potenz.

Die britische Arbeiterbewegung hat sich bisher nicht allzu sehr um diese Institution gekümmert. Sie hat sich um unmittelbare Fragen der Organisation und des politischen und ökonomischen Tageskampfes bemüht, im Bewußtsein daß kein Oberhaus ihr würde standhalten können, wenn es erst um Regierungsverantwortung ohne ausschlaggebende Unterstützung ginge. Dieses Bewußtsein hat sie auch jetzt nicht verlassen. Es war dem Arbeiterabgeordneten Morgan Jones nicht möglich, in einer Debatte im Unterhaus am 30. November die Frage des Herrenhauses anders als nebensächlich zu behandeln. Auf eine Herausforderung von konservativer Seite antwortete er: „Die Arbeiterpartei hat sehr wenig Interesse an dieser Frage.“

Der Fragenkomplex „Verfassungsreform und Oberhausproblem“ ist aber für die Reaktion in Großbritannien nicht weniger typisch als für die in anderen Ländern. Die Wahlreform ist zwar zu sehr im Volksgedanken verankert, als daß man in nennenswertem Ausmaß mit dem erblichen Oberhaus zu operieren wagt. Das ist von allen Seiten erkannt worden gegenüber den Vorschlägen auf Reform des House of Lords, von denen es in diesem Herbst in Großbritannien wimmelt.

Aber die Vielheit der Vorschläge bedeutet hier wie anderswo, daß die Reaktion ängstlicher als je vor dem Anschwollen der demokratischen Kräfte besteht. Sie versucht ihnen die künftige volle Kraft zu rauben, indem sie eine Hemmung einschaltet. Die Durchschlagskraft der unmittelbaren Volksvertretung in der Verwaltung der Staatsgeschäfte soll gebrochen werden, was dem Konservatismus nur dienlich sein kann. Lord Salisbury erklärte in einer Rede am 7. Dezember:

„Die zu erwartende Arbeiterregierung wird sich von einer Minderheit im Parlament gar nicht gefallen lassen. Vor allem wird sie die Geschäftsordnung durchgreifend ändern, um ihre Pläne durchzuführen. Welt dapon entfernt, daß eine erste Kammer weniger notwendig sein wird, wird sie viel notwendiger sein.“

Nun ist die Reaktion in ihrer Hoffnung enttäuscht worden, daß die „nationale Regierung“ schon in dieser Session einen zweckmäßigen Reformvorschlag einbringen würde. Eine Reform, die das Oberhaus vor der nächsten Arbeiterregierung etwas sicherer stellt, ist noch nicht in die Wege geleitet worden. Aber die öffentliche Meinung wird inzwischen vorbereitet.

Die Arbeiterpartei reagiert auf all das mit Gelassenheit. Ihre Vertreter geben pünktlich Antwort auf die verschiedenen Vorstöße, ohne zu verhehlen, daß ihnen mehr an der Aufhebung des House of Lords als an seiner „Reform“ liegt. Der „Daily Herald“ mit einer täglichen Auflage von jetzt über 1.600.000 sorgt für genügend Publizität.

Am interessantesten ist aber das Verhalten der Labourmitglieder im Oberhaus selber. Sie haben am 9. November erklärt, sich nicht mehr an der Abstimmung über vom Unterhaus kommende Gesetzesvorlagen beteiligen zu wollen. Sie könnten nicht daran mitwirken, daß das Oberhaus die Funktion der gewählten Volksvertretung beeinträchtigt. Daneben nähren sie über das Oberhaus aus als Plattform für sozialistische Propaganda und für eine schonungslose Kritik an der Politik der Regierung.

Man darf so nicht vergessen, daß die übergroße Regierungsmehrheit des Unterhauses mit Hilfe der veralteten und verschleppenden Geschäftsordnung die kleine Minderheit von Arbeiterabgeordneten daran hindert, alles wünschenswerte zur Sprache zu bringen. Das Unterhaus ist deshalb auch für die Agitation der Arbeiterbewegung unzureichend. Hier springt die kleine Gruppe von elf „Arbeiter-

lords“ ein. Sie unterhalten ein dauerndes Trommelfeuer auf die Regierung. In einer Debatte nach der anderen, in zahlreichen Anträgen, in dokumentierten Reden lenken sie die Aufmerksamkeit der Allgemeinheit auf die schwachen Stellen der Regierungspolitik, vor allem in der Außenpolitik und in der Abrüstungsfrage. Auf diese Art verderben sie der Reaktion ihre Freude an diesem Hort des Konservatismus und des Standesdünkels.

Der elegische Führer

Er gibt die Niederlage zu

Führer und Unterführer der Heidenkreuzarmee haben alle Hände voll zu tun, um die schwere Enttäuschung und die Mutlosigkeit zu bekämpfen, die seit den mehrfachen Wahlniederlagen und den Zerlegungserscheinungen in den Anhängerkreisen immer weiter um sich greifen. Zuerst verlor es Herr Goebbels mit dem Ableigen. Thüringen war im „Angriff“ ein großartiger Erfolg. Aber Lügen haben kurze Beine. Es sprach sich auch im eigenen Lager herum, daß es eine katastrophale Niederlage war: 40 bis 45 Proz. Verluste seit dem 31. Juli. Jetzt werden in Süd und Nord „Treuengruppungen“ der trauernden Hinterbliebenen arrangiert — gerade als ob die Herrschaften vorher nicht „treu“ gewesen wären. Aber auch dabei entschlüpfen dem siegreichen Adolf tödentliche Zugeständnisse. In Breslau gestand er ein:

Zwölf Schlachten haben wir in diesem Jahr geschlagen. Aus zwölf Schlachten ist noch keine Armee stärker herausgekommen als sie hineinging. Entscheidend ist, ob man das letzte Bataillon auf dem Felde hat. Entscheidend ist nicht das Treibholz an der Peripherie, entscheidend ist der Kern der Bewegung und der steht fest und unerschütterlich.

Vordem hieß es, daß die siegreichen Schlachten das Heer gestärkt hätten, jetzt gibt er zu, daß es geschwächt worden ist. Er beschämte sich in Dresden seine eigene Größe:

Die wirkliche Größe von Staatsmännern zeigt sich nicht am Abend von Siegen, sondern immer am Abend von Niederlagen. Nicht daß die Beweise über Erfolge errata, sondern, daß sie alle unerhörten Verfolgungen und Unterdrückungen siegreich überstanden hat, ist das Ruhmesblatt in ihrer Geschichte.“

Am Abend von Niederlagen und doch „siegreich“ — sollte das nicht ein klarer Widerspruch in sich selbst sein?

„Ehrlose Lumpen“ in der NSDAP.

Ein Dokument deutscher Treue

In Sachsen gibt es bei den Nazis einen Spezialtrupp. Einer ihrer Landtagsabgeordneten, ein Herr Fischer, hat sich mit einem Stahlhelmer zusammengetan und einen neuen Laden aufgemacht. Infolge dessen veröffentlichte jetzt die Nazipresse ein Dokument, das die nationalsozialistischen Kandidaten in Sachsen vor der Aufstellung ihrer Kandidatur unterzeichnen mußten. Das Dokument hat diesen Wortlaut:

Ich verpflichte mich als Abgeordneter der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei im Sächsischen Landtag jederzeit die Interessen der Partei wahrzunehmen, die 25 Programmpunkte grundsätzlich anzuerkennen und auch der ordnungsmäßigen Parteileitung und deren Anordnungen zu unterstellen.

Sollte ich dies mit meiner Überzeugung nicht mehr in Einklang zu bringen vermögen, so versichere ich hiermit, als Ehrenmann mit meinem Worte, daß ich mich dann keiner anderen Partei anschließen oder fraktionslos erklären werde, sondern daß ich in einem solchen Falle auf Anforderungen der Parteileitung mein Mandat niederlegen und in die Hände des jeweiligen Gauleiters des Gauverbandes Sachsen der NSDAP zurückgeben werde.

Ich versichere weiter, daß ich jeden Abgeordneten, der einer solchen ehrenwörtlichen Verpflichtung auf Niederlegung seines Mandats im Falle der Forderung der Parteileitung unter irgendwelchen Umständen usw. nicht nachkommt, als einen

ehrflohen Lumpen

betrachte, der damit nur beweist, daß er sein Mandat entgegen allen Vorwänden nur zum persönlichen Eigennutz erschlichen hat und infolgedessen als

Betrüger an den Wählern

handelt, die ihm sein Mandat gaben.

Ich erkläre mich schon jetzt als bindend damit einverstanden, daß diese meine Überzeugung gegebenenfalls veröffentlicht wird.

Von den nationalsozialistischen Abgeordneten ist also vor ihrer Wahl die Erklärung verlangt worden, daß sie unter Umständen als „ehrflohe Lumpen“ und „Betrüger an den

Gespannte Lage



„Toleriert er mich — oder toleriere ich ihn?“

Herr Ströher bekam noch einmal seinen schlichten Abschied:

Wenn einer dieses Schiff verläßt, weil er müde ist und rasten will, das Schiff geht seinen geraden Kurs weiter, solange ich lebe und am Steuer stehe.

Zuerst war er „krank“, jetzt soll er „müde“ sein, in Wahrheit ist er wohl geworden wegen des Spiels der Göring und Rosenberg, die ihn beiseite drücken wollten. Aber so einfach scheint es nicht zu gehen, denn Pg. Büchner in Breslau sagte Hitler ins Gesicht, er lehnt den Augenblick herbei, wo Ströher wieder in die Reihen zurückkehrt. Inzwischen haben die Brüder seinen Hitler-Beuten und Ströher-Beuten begonnen, kein Trost blüht darüber hinweg, daß die Zerlegung mit jedem Tage fortschreitet — trotz aller neuen Treuebekenntnisse der doch schon immer „Getreuen“.

Nicoles Immunität aufgehoben hat der Reichstag im Schweizer Nationalrat mit 121 gegen 47 sozialistische und kommunistische Stimmen.

Die Mieter fordern!

Mietensenkung — Kleinwohnungen

Der Gesamtvorstand des Reichsbundes deutscher Mieter weist in einer Eingabe an die Reichsregierung darauf hin, daß auf dem Gebiete der Wohnungswirtschaft unbedingt etwas geschehen muß, wenn die Verzweiflungsstimmung weiter Kreise nicht zur Entladung kommen soll. Eine Entschärfung des Reichsverbandes enthält folgende Forderungen, die im wesentlichen die Reichstagsanträge der Sozialdemokratie unterfüttern:

In erster Linie ist eine sofortige weitere Senkung der Mieten, insbesondere der Neubausmieten, zunächst auf die Höhe der Friedensmieten unbedingt notwendig. Ebenso dringlich ist die schnelle Schaffung eines wirksamen Vollstreckungszwanges für diejenigen Mieter, die infolge ihrer wirtschaftlichen Notlage die Miete nicht mehr in vollem Maße aufbringen können.

Die Mieterchaft fordert ferner den alsbaldigen Erlass einer Notverordnung, durch welche das Reichsmietengesetz, das Mieterchutzgesetz und das Wohnungsmangelgesetz infolge der andauernd steigenden Wohnungsmietens über den 1. April 1933 hinaus verlängert werden. Der Zustand, daß vielen Mietern von den Hausbesitzern unter Hinweis auf die kurz bevorstehende Beendigung des Mieterchutzes unerträgliche Vertragsbedingungen aufgezwungen werden, darf nicht länger andauern.

Auch die Schaffung eines sozialen Miet- und Wohnrechts als Dauerrecht ist unaufschiebbar geworden, weil die Mieter freigegebener Räume eines erweiterten Mieterchutzes gleichfalls dringend bedürfen.

Schärfste Proteste erhebt der Gesamtvorstand des Reichsbundes deutscher Mieter nochmals gegen die dem Hausbesitz gegenüber geübte Liebesgabenpolitik. Jetzt verlangt der Hausbesitz neue Millionenbesenke für Instandsetzungen und die Ausdehnung des Steuergutscheinsverfahrens auf die Haussteuer. Dem gegenüber fordert die organisierte Mieterchaft die Einstellung der Liebesgabenpolitik und eine reichsrechtliche Vorschrift dahingehend, daß die den Hausbesitzern gegebenen Steuergutscheine den Mietern auf ihre Mietzahlung angerechnet werden.

Eine entschiedene Förderung des Kleinwohnungsbaus ist zur Minderung der Arbeitslosigkeit und zur Verringerung der Wohnungsnot unerlässlich. Dem Verfall der Häuser und der Wohnräume muß dadurch begegnet werden, daß der Hausbesitz durch wirksame reichsrechtliche Vorschriften gezwungen wird, den in der Miete enthaltenen Anteil für Instandsetzungsarbeiten mit jährlich rund 1 Milliarde Mark auch für diesen Zweck reiflos zu verwenden.

Der Abbau der Hauszinssteuer zum alleinigen Nutzen des Hausbesitzes muß wieder beseitigt und der Entschädigungsgewinn des Hausbesitzes reiflos für die Zwecke der Wohnungswirtschaft erfaßt werden. Liebesgaben an die Besitzenden sind besonders unerträglich in einer Zeit, in welcher weite Kreise der besitzlosen Bevölkerung nicht einmal das Notwendigste zum Leben haben.

Chefredakteur Rodelforn. Der Chefredakteur der volksparteilichen Wochenchrift „Erneuerung“, langjähriger Herausgeber der Nationalliberalen Korrespondenz und vertrauter Mitarbeiter Straßmanns, Gottfried H. Rodelforn, ist im Alter von 55 Jahren an Herzschlag gestorben.

Besprechung aller Abteilungsleiter mit den Abteilungs-kassierern und den Kreisvorständen

heute Dienstag, den 13. Dezember, abends pünktlich 19 1/2 Uhr,

in den Kammersälen, Teltower Str. 1/4. Parteimitgliedsbuch mit gleichlautender Funktionskarte und das Einladungs-schreiben sind am Saaleingang zur Kontrolle vorzuzeigen. Der Bezirksvorstand.

Not, die zum Himmel schreit

Sollen Menschen hilflos zugrunde gehen?

Von einem ehrenamtlichen Wohlfahrtsprüfer, der mehrere Kleingartenkolonien im Südosten Berlins zu betreten hat, erhalten wir nachfolgende Schilderung:

Wohl gibt es in dem eigentlichen Stadtkern Berlins hunderttausende Erwerbslose, die in schlechten und überfüllten Wohnungen hausen. Wohl herrscht dort wie überall Not, Elend und Verzweiflung. Viel schlimmer aber sieht es draußen am Rande der Stadt aus. Die Leute in der Stadt wohnen in festen, gemauerten Häusern, haben ein richtiges Dach über dem Kopf. Die da draußen aber kennen kein elektrisches Licht, kein Gas, keine Wasserleitung, kein Radio und nicht einmal ein Klosett. Im Sommer geht es noch. Aber im Herbst und erst im Winter ist das Leben unjählich hart und bitter. Man hat die Stadtmohung ausgegeben, um draußen billiger zu wohnen. Der größte Teil des Mobiliars ist verkauft worden oder im Viehhaus. Die Menschen haben geglaubt, draußen auf einem Stückchen Land in freier Natur sich besser durchschlagen zu können. Und wie sieht es nun in Wirklichkeit aus?

Vier Menschen zwischen Brettern

In einer kleinen Laube aus dünnen Kistenbrettern und Dachplatten, von unkundiger Hand zusammengestellt, hausen vier Menschen. Vater, Mutter, ein 21jähriger Sohn und eine 16jährige Tochter, alle seit langem arbeitslos, der Vater bereits seit drei Jahren. Alles Mobiliar ist verpfändet oder verkauft, weil kein Platz dafür vorhanden ist. Der ganze Raum, nicht größer als eine kleine Berliner Küche, ist durch eine dünne Bretterwand ohne Tür in zwei Hälften geteilt. Nur ein Bett und eine Art Sofa, ein Tisch und zwei Stühle, dazu ein kleiner eiserner Ofen, der auch zum Kochen benutzt wird, bilden die ganze Einrichtung. Auf die Frage, wo denn die vier Menschen schlafen, bricht die Mutter, eine

von Sorgen und Kummer verhärmte Frau, in Weinen aus und zeigt auf den Fußboden, wo sie für die Kinder abends eine Lagerstatt herrichtet. Der Fußboden aber ist feucht und kalt und ohne Dielen. Geheizt war der Raum nicht, trotzdem draußen 4 Grad Kälte herrschten. Durch die dünnen und einfachen Bretterwände dringt die Kälte, durch die schlecht schließenden Türen und Fenster pfeift der Wind. Das Material zum Laubenbau wurde von Abrißplätzen für billiges Geld gekauft. Ein angefangener „Erweiterungsbau“, der den beiden erwachsenen Kindern Platz gewähren sollte, mußte unterbleiben, weil die verkauften Möbelstücke nicht das erforderliche Geld brachten. Die Dachpappe ist bereits brüchig und läßt an verschiedenen Stellen den Regen durch. Der Mann hat nur ein einziges Hemd und einen alten verchliffenen Sommermantel. Er beantragt Feuerunterstützung, ein Hemd, eine Jacke und eine Barsonderunterstützung zum Ausbessern der alten, primitiven Laube. Ob sie ihm gewährt wird, ist trotz der selbstverständlichen Befürwortung noch zweifelhaft, da die aus äußerster beanspruchten Wohlfahrtsämter fast keine Mittel mehr aufbringen können.

Drei Familien in einer Laube

In einer etwas größeren Wohnlaube wohnen nicht weniger als drei Familien. Ein Raum von etwa 6 Quadratmeter Größe muß als Küche dienen. Drei Familien benutzen diese eine Küche, drei Familien ein und dasselbe Geschirr.

In einer anderen Laube liegt ein 69jähriger Mann im Bett, weil er es vor Kälte und Ischiaschmerzen nicht aushält. Die alten Bilder an den Wänden erzählen von besseren Tagen. Der Mann war einst Kinobesitzer, hatte sein Geschäft verkauft und durch die Inflation alles verloren. Jetzt

„wohnt“ er mit seiner Frau in einer dünnen Bretterhütte. Die Betten und alle anderen Sachen sind klamm und feucht. Es ist ein Jammer, seine Erzählung mit anzuhören, ein einziger Schrei der Empörung über diese Ungerechtigkeit. Nur ein schmales Bett hat dieses Ehepaar. Die Frau mocht sich auf einem alten Plüschfessel, den sie durch Vorstellen von zwei Stühlen verlängert, eine Schlafstätte. Eine Petroleumlampe und ein Kanonenofen erinnern fast an die traurige Zeit der Unterstände. Die allerbilligste Margarine, 3 Pfund 85 Pfennig, ist ihr Brotaufstrich. Ein Teil der Kartoffeln besorgten sie sich durch Stoppeln. Der Mann beantragt ein Paar Stoffschuhe, weil er es in anderen Schuhen vor Schmerzen nicht aushält. Die Laube ist ihnen schon einmal abgebrannt, daher gingen sie eine Feuerversicherung ein. Die Prämie von neun Mark können sie aber von der niedrigen Unterstützung nicht bezahlen und bitten um neun Mark Sonderunterstützung, sie wird trotz Fürsprache abgelehnt.

Ich habe drei Kleingartenkolonien zu betreten und auf jeder befinden sich etwa 200 bis 250 Pächter. Etwa vier Fünftel davon wohnen bei diesem Wetter da draußen und ebenso viele sind lange arbeitslos. Viele von ihnen können nicht einmal die Pacht und die Mitgliedsbeiträge bezahlen. Das Wohlfahrtsamt aber lehnt alle diese Anträge ab, da für diese Zwecke keine Mittel vorhanden sind.

Da gibt es von den Antragstellern nichts zu erschleichen, da gibt es von den Prüfern nichts zu beschönigen, da herrscht ein unbeschreiblicher Jammer und eine Bedürfnislosigkeit von unerhörtem Ausmaß. Und nur, wer ein Herz von Stein hat, kann achlos an diesem Elend vorübergehen. Schullos sind die Menschen in grenzenlose Not geraten und es müssen Mittel und Wege gefunden werden, um ihnen und vielen tausend anderen zu helfen.

hielt, durchsuchten die anderen drei sämtliche Behältnisse. Dabei fiel ihnen eine Geldtasche in die Hände. Ein fünfter Komplize muß den Tätern wohl ein Zeichen gegeben haben, denn plötzlich ergriffen die Räuber die Flucht. Ihre Enttäuschung wird später sehr groß gewesen sein, weil die Tasche keinen Pfennig enthielt. Das Raubdezernat hat die Ermittlungen aufgenommen.

Explosivstoff in Premnitz Untersuchung der Staatsanwaltschaft

Die durch die Potsdamer Staatsanwaltschaft durchgeführte Untersuchung über die Ursache der Katastrophe in den I.G.-Farbenwerken Premnitz bei Rathenow führte zu dem Ergebnis, daß die Ursache des Unglücks in einer Sprengstoffexplosion, nicht aber, wie ursprünglich angenommen wurde, in einer Explosion von Sauerstoffflaschen zu suchen ist.

In Premnitz wurde gestern der Schauplatz der Explosionskatastrophe von einer Sachverständigenkommission einer Untersuchung unterzogen. Es gingen die Ansichten auch im Hinblick auf die an den Leichen getroffenen Feststellungen stark auseinander, doch neigt die Ansicht dahin, daß hier kein Gas, sondern ein fester Körper explodiert ist. Fest steht, daß aus den Flaschen irgendwelche Gase nicht gekommen sind. Theoretisch denkbar wäre nur, daß Gas aus anderen Röhren und Behältern ausgetreten ist und sich mit anderen Gasen dann in der Luft vermischt hat.

Die Opfer der Katastrophe sind jetzt sämtlich identifiziert und von der Staatsanwaltschaft zur Beisetzung freigegeben worden, mit Ausnahme des erst nachträglich im Krankenhaus verstorbenen Arbeiters, bei dem die Obduktion noch erfolgen muß.

Am Sonntag wurden sechs der bei dem Explosionsunglück in dem Kunstleidenwerk der I.G.-Farbenindustrie in Premnitz ums Leben gekommenen Arbeiter beigelegt. Am Vormittag fanden in allen Kirchen Rathenows sowie der Orte des Westhavellandes Gedenkgottesdienste statt. Von 12.30 bis 13 Uhr läuteten die Glocken zum Gedächtnis der Toten. Am Nachmittag fand dann in den einzelnen Heimaten die Beerdigung der Todesopfer unter großer Teilnahme der Bevölkerung statt.

Betrüger gefaßt!

Nach wochenlangen Bemühungen ist es den Beamten des Betrugsdezernats des Berliner Polizeipräsidiums gelungen, ein betrügerisches Ehepaar festzunehmen, das sich mit seltenem Erfolge auf den Staubsaugermarkt gelegt hatte. Die beiden haben in einem Zeitraum von etwa 1½ Monaten rund 60 Staubsauger erbeutet. Nach diesem „Jubiläumsschnitt“, als die beiden gerade dabei waren, ihren 61. „Fall“ zu bearbeiten, griff die Polizei zu.

Es handelt sich um den 26 Jahre alten Handlungsgehilfen L., der den Schwindel zusammen mit seiner gleichaltrigen Frau betrieb; sie arbeiteten nach einem raffinierten System. In Hauschuhen, meist mit einer Schürze bekleidet und einem Tuch um den Kopf, erschien Frau L. in einem Seifengeschäft, gab sich den Anstrich einer Reinigungsfrau aus der Nachbarschaft, entließ den Staubsauger und verschwand damit auf Kimmerniederlegen. In einigen Fällen kaufte die Frau einige Tage zuvor Kleinigkeiten ein, um die Geschäftsleute sicher zu machen. Der Mann wartete immer einige Häuser weiter, nahm die Beute in Empfang und verlegte sie sofort.

Er neunzehn, sie siebzehn Blutiges Ende einer Ehe

Das Schwurgericht I verurteilte den jetzt 25jährigen Maurer Alwin Schmidt wegen verletzten und vollendeten Totschlages an seiner Ehefrau zu insgesamt 7 Jahren Gefängnis.

Das blutige Ehedrama in der Raungrstraße am 6. Dezember d. J. war der Schlußakt einer fünfjährigen unglücklichen Ehe. Neunzehn Jahre war der junge Maurer alt, als er heiratete, die Frau war erst siebzehn Jahre. Es gab ständig Jank und Streit. Sie war herrisch, sagt der Angeklagte. Er durfte keine eigene Meinung haben und mußte sich in alles fügen. Deshalb sind Sie nicht auseinander gegangen, fragte ihn der Richter, wenn Sie sich immer gezankt haben? — Dann hätten wir erst gar nicht heiraten brauchen, erwiderte der Angeklagte, denn wir haben uns schon vor der Ehe gezankt. Ich konnte eben nicht ohne sie leben. So lange er Arbeit hatte, ging es noch einigermaßen. Als er sie aber verlor und die Frau nur allein verdiente — sie war Kontoristin —, war es mit dem Ehefrieden endgültig aus. Sie machte ihm ständig Vorwürfe, daß er nicht verdiente. Das Verhältnis wurde noch schlimmer, als er einen Seitenprung machte, er hatte auch sie im Verdacht, eigene Wege zu gehen. Am 9. August fuhr er zu seinen Verwandten, sie wollte nachkommen, kam aber nicht. Als er nach Berlin zurückkehrte, fand er die Wohnung ausgeräumt. Er suchte

seine Frau bei den Verwandten, sie empfing ihn nicht. Seitdem telephonierte er immer wieder auf ihrer Arbeitsstelle an, lauerte ihr auf und bat sie, sich mit ihm zu verständigen. Sie wollte nichts davon hören. Er drohte, sie in den Kanal zu werfen.

Am 20. August kam es zu einem schlimmen Zwischenfall. Erst warf er sich vor einen Pflanzwagen, dann stürzte er sich auf die Frau und würgte sie. Nur das Zwischentreten eines Beamten mit dem Polizeiknüppel rettete die Frau vor dem Tode. Am 6. September suchte er sie wieder in ihrem Büro auf. Sie wollte von ihm nichts hören. Er ging, rief mehrmals telephonisch an und wiederholte seinen Besuch am Nachmittag. Als sie ihn aus dem Zimmer wies, feuerte er einige Schüsse aus einer Schreckschusspistole auf sie ab, dann stach er sinnlos mit einem Dolch auf sie ein und tötete sie auf der Stelle. Jetzt wird er in sieben langen Jahren Zeit haben, über seine unglückliche Ehe und seine unglückselige Tat nachzudenken.

Tragödie des Bankbeamten Der fehlende Tausendmarkschein

In seiner Wohnung in der Kreuznacher Str. 12 erschloß sich der 31 Jahre alte Reichsbankbeamte Colmar Knappe. Der Beamte hatte Ende September, als er den Kassierer vertrat, versehenlich einem Boten bei der Abfertigung 1000 Mark zu viel herausgegeben. Alle Versuche den Boten zu ermitteln schlugen fehl. R. glaubte, daß er durch

diesen Vorfall in seiner Laufbahn gehemmt werden würde.

Anschließend war der Bote von einer größeren Firma geschickt worden, leider konnte aber nicht festgestellt werden, welche große Firma das Geld bekommen hatte. R. stellte später Ermittlungen auf eigene Faust an, die aber ebenfalls negativ verliefen.

Entsprechend den Vorschriften wurden ihm nun allmonatlich Abzüge von seinem Gehalt gemacht. Der Beamte war äußerst gemüßigt und hat die Tat aus verletztem Ehrgefühl begangen.

Ueberfall im Norden Vier bewaffnete junge Burschen

In der Oderberger Straße im Norden Berlins wurde gestern Abend ein verwegener Raubüberfall verübt.

Im Hause Nr. 44 befindet sich die Dampfwäscherei von Sommermeyer und Knobloch. Gegen 18 Uhr besand sich Herr Knobloch allein in seinem Kontor, als die Tür aufgerissen wurde und vier Burschen in das Zimmer stürmten. Jeder der Eindringlinge, die zum Teil maskiert waren, hielt eine Rauferpistole in der Hand. Mit der Drohung, ihn beim geringsten Widerstand über den Haufen zu schleien, schüchterten die vier den Wäschereibesitzer ein. Während einer der Banditen R. mit der Waffe in Schach



Juno ist die rechte Helferin.

weil sie mit dem würzigen Aroma ihrer herrlichen Tabake und der köstlichen Frische ein wenig Freude in den grauen Alltag bringt.

Diese Vorzüge der

JUNO

von Qualitäts-Rauchern gerühmt und anerkannt,

sind allen Freunden der guten Josetti-Cigarette so wichtig, daß sie bewußt Zugaben wie Werlmarken, Gutscheine und Stickerereien ablehnen!

Vertrauen Sie ihr!



Schluß beim Sondergericht Felsenckprozeß geht weiter

Im Gegenjah zum Felsenckprozeß, wo das Gericht beschloß, weiter zu sagen, wurde die gestrige Sondergerichtssitzung vertagt.

Landgerichtsdirektor Toll richtete nach Eröffnung der Sitzung an die Parteien die Frage, ob sie irgendwelche Anträge zu stellen hätten. Rechtsanwalt Dr. Salinger beantragte, angesichts der bevorstehenden Amnestie die Verhandlung auszusetzen. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Wagner stellte dem Gericht eine Vertagung anheim. Nach kurzer Beratung verkündete Landgerichtsdirektor Toll den Gerichtsbeschuß, sämtliche Sondergerichtsverhandlungen in Verkehrsachen bis auf weiteres auszusetzen, da sowohl die Amnestie als auch die Aufhebung der Terror-Rotverordnung sich in der Schwebelage befinden. Lediglich eine Sondergerichtssitzung wegen verurteilten Totschlags gegen Zimmerleute würde noch stattfinden.

In seinem mehrstündigen Plädoyer richtete Staatsanwaltschaftsrat Stenig scharfe Angriffe gegen Rechtsanwalt Litten. Daß Rechtsanwalt Litten in seiner Zeugenaussage den Richtern des ersten Verfahrens vorgeworfen habe, daß sie die objektive Wahrheitsfindung unmöglich zu machen suchten, sei der ungeheuerlichste Vorwurf, den man sich denken könne.

Dann kam Staatsanwaltschaftsrat Dr. Stenig auf die Tötung des kommunistischen Arbeiters Kleme zu sprechen. In diesem Zusammenhang erklärte der Staatsanwalt, daß derjenige, der Kleme getötet habe, bisher noch nicht ermittelt sei. Zweifellos sei es aber ein Anhänger der SA., der diese rohe und bestialische Tat begangen habe. Dieser Vorfall sei ein Schandfleck in der Geschichte der Berliner SA. Die Staatsanwaltschaft werde versuchen, diesen Mann noch zur Strecke zu bringen, zumal eine derartige Tat niemals unter die Amnestie fallen dürfe.

8 Tage Weihnachtsmarkt Für die notleidenden Künstler

Das Wort von dem „lustigen übermütigen Künstlerpöbelchen“ ist, mit so großer Einschränkung es gerade in dieser Zeit ausgesprochen werden muß, weil auch die Künstler von schweren Sorgen heimgelacht werden, doch noch nicht ganz zur Unwahrheit geworden. Das konnte man in der vergangenen Woche so recht auf dem Weihnachtsmarkt Berliner Künstler in den städtischen Ausstellungshallen am Kaiserdamm sehen.

An jedem Abend und an manchen Nachmittagen gab es eine größere bühnenmäßige Veranstaltung und jedesmal konnte man feststellen, daß die gesamte Künstlerchar mit so großer persönlicher Anteilnahme dabei war, mit einer fast unerhöplichen frohen Gebe- und Gestaltungsliebe, daß ein Gelingen von vorn herein sicher war. Im Vordergrund standen Sänger und Sängerinnen, Musiker, Komponisten und die Leuten vom Brett. Da gab es einmal einen außerordentlich gelungenen bunten Abend der Bühnengenossenschaft, ein andermal einen wahrhaft lustigen Schlagerabend, an dem die bekanntesten Komponisten dirigierten, darunter der Senior der Berliner Schlagerkomponisten, Victor Holländer, und der fast sagenhafte Transkripter, dessen von ihm selbst dirigierter Sechstageswalzer das ganze Haus außer Rand und Band und dem Kom-

ponisten die großartigste Ovation des Abends brachte. Mit bunten hübschen Szenen aus dem Studentenprinzen wurde so nebenbei Edelpropaganda für das Große Schauspielhaus getrieben. Die unsterbliche Fiedermas war als Kurzoperette unter Leitung von Cornelis Bronsgeest schmissig zurecht gemacht worden und amüsierte alle ausgezeichnet. Das vortreffliche Chor- und Soloperpersonal nebst dem Orchester der Berliner Städtischen Oper sang und tanzte Opernliederbogen in den schönsten Farben und Tönen. Die Kanonen von Kabarett und Operette stießen auf den Brettern am Kaiserdamm zusammen und dabei gab es ein herrliches Witz- und Witzfeuerwerk, das, wie übrigens auch an den anderen Abenden, den Künstlern selber riesigen Spaß machte. Die Nachmittage waren größtenteils den Kindern gewidmet, denen ein gutes Marionettentheater vorgeführt wurde. Das Ganze war so nett, rund, sauber und lustig, daß man angesichts der ausverkauften Häuser wünschen und hoffen darf, daß für die vielen beschäftigungslosen darben- und hungernden Künstler und Künstlerinnen ein beträchtliches Sümmechen übrigbleibt.

Drei Räuber gefaßt

In der vergangenen Woche wurden von Beamten des Raubdezernats ein 29 Jahre alter Johann Peetz und ein 24 Jahre alter Ewald Ziemann festgenommen. Peetz gestand, die Heberfälle auf den Bäckermeister Schönfeld in Sancti in der Nacht zum Bußtag und am

6. Dezember den Heberfall auf die Familie eines Journalisten in Zehlendorf ausgeführt zu haben. Jetzt konnte auch der Dritte im Bunde, ein 24 Jahre alter Werner Behrens in einem Heim in der Dronienburger Straße ermittelt und festgenommen werden.

Der Verleumder

Lügen über Sahn und Wutzki

Der Beleidigungsprozeß Oberbürgermeister Dr. Sahn und Stadtrat Wutzki gegen den „nationalen“ Kaufmann Penner nahm für den Verleumder ein unrühmliches Ende. Penner hatte Stadtrat Wutzki in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Wohnungsfürsorgegesellschaft u. a. einen marxistischen Verbrecher genannt. Den Oberbürgermeister Sahn hatte Penner in zahlreichen Briefen beschuldigt, Wutzkis „Verbrechen“ gedeckt zu haben.

Die mehrtägige Hauptverhandlung hatte ergeben, daß an den Vorwürfen, die Wohnungsfürsorgegesellschaft habe in unrechtmäßiger Weise dem Angeklagten bei Ausführung seiner Baupläne die finanzielle Unterstützung verweigert und so die Zwangsversteigerung seines Grundstücks verursacht, kein Wort wahr ist. Penner hat sich deshalb heute morgen zu folgendem Vergleich entschlossen: Ich nehme hiermit die beleidigenden Äußerungen gegen den Oberbürgermeister Sahn,

Rettung aus Not!

Neues Reichsbannerheim im Bezirk Mitte eröffnet

Nur wenige Schritte vom Gewerkschaftshaus am Engelufer entfernt, in der Adalberstr. 62, wurde ein weiteres Notstandsheim des Berliner Reichsbanners eröffnet. Mit einem schlichten Begrüßungsakt wurde das Heim der Obhut der 3. Kameradschaft des Ortsvereins Berlin-Mitte übergeben.

Ursprünglich war das neu entstandene Heim eine Gastwirtschaft, später eine Wohnung. Für eine erträgliche Monatsmiete sicherte sich die 3. Kameradschaft des Ortsvereins Mitte die gut gelegenen Räume. Aber es mußten erst einmal wieder Wohnräume daraus gemacht werden. Sechs arbeitslose Kameraden, die zum Teil schon drei Jahre lang kein Handwerkszeug mehr in der Hand gehabt hatten, dazu die ganze Kameradschaft als Helfer, griffen tatkräftig zu. Es war ein freiwilliger Arbeitsdienst, der diesmal unmittelbar der Idee diente. Die Räume waren voll Schwamm, kein Nag war mehr an den Wänden, es war, kurz gesagt, düsterer Altbau. In vier Wochen emsiger Arbeit wurde ein Heim daraus.

Alle sechs Räume wurden neu geputzt, jede Stube wurde neu gebleit, von oben bis unten wurde alles geputzt, jetzt ist der Boden schmutz. Die Kameraden hatten ihre Arbeitskraft gegeben, die Gewerkschaften etwas Bargeld, die Malerhütte gab die Farben, jener stiftete eine Uhr, dieser etwas anderes, schließlich war logar ein richtiger Geldschrank da. Ein Abbruchunternehmer, bei dem sich die Kameraden Verwendbares zusammensuchten, hatte gesagt, sie sollten sich das Ding ruhig mitnehmen. Wenn einer von den Heiminsassen nun einmal Freitags zu viel Geld haben sollte, kann es weggeschlossen werden.

Aber damit wird es noch Zeit haben. In das

Heim kommen besonders junge Kameraden, die mehrjährig erwerbslos, nur noch das feilisch bedrückende Hausen in ärmlichen Schlafstellen kennen. Im ganzen werden dreißig Mann in diesem Notstandsheim Platz haben, aber noch bevor es fertig war, sind bereits acht Reichsbannerkameraden in ihre neue Wohnstatt gezogen. Jeder Erwerbslose hat wöchentlich 5 M zu zahlen. Dafür hat er sein Bett, Frühstück, Mittagessen, Beperskaffe und Abendbrot. Diese 5 M. haben die erwerbslosen Kameraden bisher allein für ihre Schlafstelle zahlen müssen, jetzt brauchen sie sich keine allzu großen Sorgen mehr zu machen, wie sie ihre färgliche Wohlfahrtsunterstützung einstellen. Ein großer Vorderraum ist als Tagesraum eingerichtet, dann folgten drei Schlafbetten, anschließend Küche und Wochraum. Hier in der Küche sind abwechselnd und chronometrisch ständig zwei Frauen um das leibliche Wohl der Heiminsassen bemüht. Zum Baden geht es ins Gewerkschaftshaus. Im Tagesraum bedeckt die eine Wand ein riesengroßer Reichsbanner, gegenüber hängen die Bilder Friedrich Eberts, Walter Rathenau und Matthias Erzbergers.

Es war schon dunkel, als am Sonnabend die 3. Kameradschaft mit ihrer Fahne auf dem Hof zum Appell antrat. Dr. Rowack vom Gauvorstand sprach einige Dankesworte für die geleistete Arbeit, Kameradschaftsführer Wietke erläuterte den Sinn des Heims, das der unerbüchlichen Solidarität der noch in Arbeit liegenden Republikaner mit ihren erwerbslosen Gesinnungsfreunden dienen soll, ein dreifaches „Freiheit!“ und zum ersten Male wurden im Tagesraum die Tische gedeckt und zur Feier des Tages gab es Streueltuchen und Bohnentaffee.

gegen den Stadtrat Wutzki, gegen die Geschäftsführung der Wohnungsfürsorgegesellschaft und andere städtischen Behörden zurück, weil, wie die Hauptverhandlung gezeigt hat, sie voll- kommen unbegründet sind und auf Unwahrheit beruhen. Ich bedaure, die beleidigenden Äußerungen getan zu haben und bitte die Beleidigten um Entschuldigung. Ich erkläre mich bereit, die gesamten Kosten des Verfahrens zu tragen.“ Die Rebenkläger erklärten sich mit diesem Vergleich einverstanden, falls die Gerichtskosten bis zum 19. d. M. gezahlt sein sollten. Der neue Termin ist auf den 21. d. M. festgesetzt.

Miete für Gasmesser

Der Aufsichtsrat der Berliner Städtischen Gaswerke A. G., der, wie wir bereits mitteilten, in seiner Sitzung vom Montag, dem 12. Dezember, beschlossen hatte, den Preis für Gasmesser- und Industriegas zu senken, hat nun auch die Abnehmer von Haushaltgas eine kleine Freude gemacht, indem er die neben dem Gaspreis bestehende Gasmessermiete (Grundgebühr), die bisher für die ersten fünf Stufen 0,40 bis 1 M. betrug, einheitlich auf den niedrigsten Satz von 0,40 M. festgelegt hat.

Die Städtischen Gaswerke werden sich durch dieses „Weihnachtsgelchen“ in der Berliner Bevölkerung Freunde erwerben. Wann werden nun die Elektrizitätswerke mit ihrer oft kritisierten Zählermiete nachfolgen? Wie lange soll es noch dauern, bis die privatwirtschaftlichen Charlottenburger Wasserwerke ihre besonders für die Kleinabnehmer unerhört hohen Grundgebühren und Wassertarife herabsetzen? Wann endlich wird sich das Reichspostministerium entschließen, die unentzähllich hohe Grundgebühr für Telephon zu streichen oder auf ein erträgliches Maß zu senken? Für Charlottenburger Wasser und für Telephon ist es allerhöchste Zeit.

In wenig Worten

In der Angelegenheit des Berliner kommunistischen Schwarzfenders hat der Vernehmungsrichter im Polizeipräsidentium gegen den Mechaniker Werner Karg, den Ingenieur Erwin Kern und den Arbeiter Fritz Schmidt Haftbefehl wegen Vorbereitung zum Hochverrat erlassen.

Gegen den Buchhändler Heinrich Werner, der dringend verdächtig ist, den Nord an der 46 Jahre alten Ehefrau Sommerfeld in der Nacht vom 4. zum 5. Dezember begangen zu haben, ist jetzt Haftbefehl erlassen worden.

In der Kohlengrube Sainte Marguerite bei Verones in der Provinz Hennegau (Belgien) ereignete sich ein schweres Unglück durch schlagende Wetter. Sechs Bergleute wurden getötet.

Im Gaswerk Straßund stürzte ein 50jähriger Arbeiter in den 18 Meter tiefen Schacht zwischen zwei Kohlenlöfen. Mehrfacher Schädelbruch führte sofort den Tod herbei.

Zwischen Rehna und Köhlsdorf (Mecklenburg) wurde ein SA-Mann tot aufgefunden. Die Leiche, die auf der Chaussee lag, wies schwere Schußverletzungen an der Schläfe auf.

die guten Gasgeräte für Haus und Werkstatt

Es empfehlen sich für
gute Qualitäten
größte Auswahl
fachmännische Beratung
die Eisenwaren - Haus- und
Küchengeräte - Geschäfte

Es empfehlen sich für
fachmännische Beratung
Lieferung aller Gasgeräte
die sachgemässe Installation
zugelassenen Gas-Installateure
Auskunft erteilt die Geschäftsstelle der
Klempner- und Installateur-Innung
BERLIN SW19 WALLSTR. 68 FERNRUF: FZ, JANNOWITZ 2894

Gas der Brennstoff heute und morgen!

Arnold Müller beschert 100 Kinder

Das Kinderleid-Spezialhaus Arnold Müller, Leipziger Straße, hatte am Sonntag 100 bedürftige Berliner Kinder bei sich zu Gast.

In der Taufe regnete es Pfefferkuchen, Schokolade und andere gute Dinge. Die Hauptüberreichung aber erfolgte nach Schluß der Vorstellung, als jedes der Kinder ein großes Paket mit Kleidungsstücken, Wäsche, Strümpfe usw. ausgehändigt erhielt.

Das Marionettentheater, das schon seit 3 Wochen den Kundenkindern zur Verfügung steht und täglich Vorstellung gibt, bleibt noch bis zum goldenen Sonntag geöffnet.

Wie wird das Wetter? In Berlin: Bewölkt, etwas wärmer, in der Nacht zum Mittwoch milder, mäßiger Südostwind.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 2, S. 2, 2. Etage rechts, zu richten.

Achtung, Stadtverordnetenfraktion!

Die heutige wichtige Sitzung der Stadtverordnetenfraktion beginnt pünktlich 17 Uhr.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer u. Lehrerinnen, Bezirksgruppe Berlin.

Dienstag, 13. November, 17 Uhr, Aula der 189. Schule, Auguststr. 67. „Das Gewerkschaftswesen am Ende des 19. Jahrhunderts.“

Die Ausstellung der Kinderfreunde „Kinder helfen Kindern“ ist bis zum 20. Dezember täglich in der Zeit von 10 bis 22 Uhr geöffnet.

Der Kaiser spielt heute, Dienstag: „Julus - Julius - Daus.“ Beginn 16 1/2 Uhr.

Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

- 5. Kreis: Die Kinderfreunde unseres Kreises sammeln unter der Parole: „Kinder helfen Kindern“ Spielzeug und Kleingüter...

Mittwoch, 14. Dezember: Zahlende und Mitgliederversammlungen mit dem Thema: Unsere Arbeit im neuen Reichstag

- 1. Abt. Mitgliederversammlung im hiesigen Hof, Referent Paul Appel. 2. Abt. 18 Uhr wichtige Funktionärssitzung bei Schmidt, Stralauer Str. 10.

- 32. Abt. Zahlende: 20 Uhr bei Richter, Feldstr. 8. „Sozialleistungsprogramm oder Arbeitsbeschaffung?“ 33. Abt. Zahlende: Welt 1 bei Köhler, Lindenburgerdamm Ecke Rosenthaler.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2, 2. u. 1. Torer.

heute, Dienstag, 20 Uhr.

Arbeitsplatz: Elisabethstraße 19; Tagespolitik. - Gewerkschaftsbau: Wahrung, persönliche Mitteilung Jugendheim geschlossen. - Rosenfelder Str.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

heute, Dienstag, 13. Dezember, um 16 1/2 Uhr, tagen die Gruppen: Steglitz: Jugendheim Flammberg, 14b, Waschhaus.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Anarchoellen

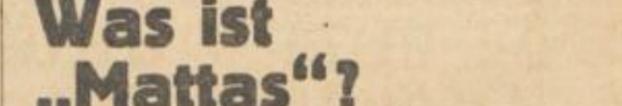
heute, Dienstag, finden folgende Veranstaltungen statt: Gesundbrunnen: Jugendheim Schönholzstr. 1, Aussprache: „Die Welt der werktätigen Jugend“.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbund „Schwarz-Rot-Gold“ Reichs-Hilfslige: Berlin S 14, Sebastianstr. 17-23, S. 2. 2. Etage. Kameradschaft Teget: Dienstag, 13. Dezember, 20 Uhr, Versammlung bei Rothenburg, Hauptstr. 27.

Was ist „Mattas“?

„Mattas“ ist ein Distrikt im südamerikanischen Staat Brasilien. Mattas-Gewächse sind Brasilianische einer besonders gepflegten Art.



Villiger-Stumpen sind etwas Besonderes! Preislagen 8, 10 und 15 Pfg. Fabrik-Lager Hedemannstr. 22, Bergin, 3770.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Die Ausstellung der Kinderfreunde „Kinder helfen Kindern“ ist bis zum 20. Dezember täglich in der Zeit von 10 bis 22 Uhr geöffnet.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

- 74. Abt. Infolge Genosse Boullas Hoff, Referent, 12. 11. verstorben. 75. Abt. Infolge Genosse Friedrichs, Referent, 13. 11. verstorben.

Geld für die Arbeitslosen!

Es reicht für fünf Millionen besser Unterstützter

Was kann im Winter, d. h. vom Januar bis Ende April, für die Arbeitslosen geschehen? Wie kann die Unterstützung sowohl in der Arbeitslosenversicherung als auch in der Krisenfürsorge und in der Wohlfahrt verbessert werden?

In der Arbeitslosenversicherung haben wir zwei Quellen zur Finanzierung der Unterstützung. Die Reichsanstalt hat einen verwendbaren Ueberschuß von rund 100 Millionen Mark. Pro Monat gehen 80 bis 85 Millionen Mark Beiträge ein. Das ergibt in vier Monaten 320 bis 340 Millionen Mark. Wir hätten danach also zusammen 420 bis 440 Millionen Mark. Erhöht man den Unterstützungssatz pro Kopf und pro Monat auf 55 Mark, dann ergibt sich eine Unterstützungsleistung von 220 Mark für die vier Monate Januar—April.

Es können also 2 Millionen Arbeitslose von der Versicherung unterstützt werden.

Zur Zeit haben wir in der Arbeitslosenversicherung nur 640000 Unterstützte.

Es bleibt noch die Frage der Unterstützung in der Krisenfürsorge und in der Wohlfahrt. Auch hier soll mit klaren Zahlengrößen gerechnet werden. Wie liegen die Dinge, wenn man Krisenunterstützung und Wohlfahrt zusammenlegt, d. h. wenn die von den Gewerkschaften geforderte Reichsarbeitslosenversicherung geschaffen wird? Die Abgabe

zur Arbeitslosenhilfe bringt pro Monat 40 Millionen, in vier Monaten also 160 Millionen. Das Reich hat 670 Millionen für die Unterstützung in der Wohlfahrt bereitgestellt. Davon sind 370 verbraucht; 300 Millionen sind noch übrig. Für die Gemeinden sind dann noch etabliert 35 Millionen pro Monat; das macht für vier Monate 140 Millionen. Für eine Reichsarbeitslosenfürsorge stehen also zusammen 160 plus 300 plus 140, das sind zusammen 600 Millionen Mark zur Verfügung.

Geht man bei der Berechnung des Unterstützungsaufwands davon aus, daß keine Hilfsbedürftigkeitsprüfung, sondern nur eine sozial erträgliche Bedürftigkeitsprüfung für die nicht mehr von der Versicherung erfassten Arbeitslosen in Betracht kommt, dann kann man von einem Unterstützungssatz pro Kopf und pro Monat in Höhe von 50 Mark — 5 Mark weniger als in der Versicherung — ausgehen. Das würde für vier Monate eine Ausgabe von 300 Mark bedeuten.

Danach könnten also bei einem Unterstützungssatz von 600 Millionen Mark 3 Millionen Arbeitslose in einer Reichsarbeitslosenfürsorge unterstützt werden.

Wir wären also bei vorsichtiger Berechnung durchaus in der Lage, zusammen fünf Millionen Arbeitslose zu unterstützen und zwar nach einheitlichen und gerechten Sätzen. Nach dem jüngsten Arbeitsmarktbericht

der Reichsanstalt betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger am 30. November in der Arbeitslosenversicherung 638 000, in der Krisenfürsorge 1 131 000 und in der Wohlfahrt 2 277 000.

Es kann also die Gesamtunterstütztenzahl um rund eine Million erhöht und die Unterstützung wesentlich verbessert werden.

Was die Gewerkschaften fordern, sind keine Unmöglichkeiten, auch wenn man die winterliche Zunahme der Arbeitslosen in Rechnung stellt. Die Hilfsbedürftigkeitsprüfung muß fallen, eine Verlängerung der Unterstützungsdauer in der Versicherung ist sehr wohl möglich und ebenso die Verbesserung der Unterstützungssätze.

Die Gemeinden werden, wenn der vorgeschlagene Weg bestritten wird, vom Druck der Wohlfahrtslast wesentlich entlastet.

Sie können ihre Kräfte endlich für ihre eigentlichen kommunalpolitischen Aufgaben freimachen. Die Oberbürgermeister brauchen nicht mehr alle Augenblicke in Berlin beim Finanzminister betteln. Die Gemeinden können, wenn sie durch eine Reichsarbeitslosenfürsorge entlastet werden, schon während des Winters, sich um so intensiver der Arbeitsbeschaffung widmen, damit dann im Frühjahr endlich vom Arbeitsmarkt her eine Erleichterung der Unterstützungslast eintreten kann.

Arbeitsbeschaffung

Der Reichskommissar empfängt

Am Montag empfing der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung den Präsidenten des Reichslandbundes, Graf Kalkreuth, sowie mehrere Herren des Reichslandbundes und besprach mit ihnen die Frage der Arbeitsbeschaffung im Zusammenhang mit der Lage der Landwirtschaft. Am Nachmittag waren Vertreter der Gewerkschaften aller Richtungen bei dem Reichskommissar zu einer Aussprache über das Arbeitsbeschaffungsprogramm und die Wünsche der Gewerkschaften. Dabei wurde von allen Vertretern der verschiedenen Organisationen die Notwendigkeit der beschleunigten Durchführung eines öffentlichen Arbeitsbeschaffungsprogramms zu normalem Lohn unterstrichen.

Wie die „Landvolknachrichten“ erfahren, wird in den nächsten Tagen das Reichskommissariat für Arbeitsbeschaffung seine offizielle Tätigkeit aufnehmen. Es dürfte sich dabei nicht um die Schaffung eines neuen, umfangreichen Verwaltungssystems handeln, sondern Reichskommissar Dr. Gerete wird vielmehr einheitliche Richtlinien für eine umfassende Arbeitsbeschaffung herausgeben und in Zusammenarbeit mit den übrigen Reichsstellen für deren beschleunigte Durchführung sorgen. Damit dürfte auch die Frage, ob Siedlung und Osthilfe dem Arbeitsbeschaffungskommissar direkt unterstellt werden sollen, dahin zu beantworten sein, daß das wahrscheinlich nicht der Fall sein wird.

Wie sie verleumdete

Es soll etwas hängen bleiben

Die SPD. ist in ihrem blindwütigen Kampf gegen die Sozialdemokratie, die ihrer Parole zufolge ja der Hauptfeind der Arbeiterklasse ist, jedes Mittel recht. Das gangbarste Mittel der Propaganda gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften, die Verleumdung und Herabwürdigung der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Funktionäre, ist augenblicklich wieder einmal in schwungvollem Gebrauch.

Die kommunistische Presse fühlt sich zur Zeit bemüht, gegen den 2. Betriebsratsvorsitzenden der Maschinenfabrik „Bomag“, Genossen Boge, eine wilde Hege zu entfachen, die offensichtlich den Zweck verfolgt, innerhalb der fast reißlos organisierten Arbeiterschaft dieses Betriebes Zwietracht zu stiften. Dem Genossen Boge wird nachgesagt, im Dienste der Spiegelorganisation „Somireda“ zu stehen und „seine Kollegen, freigewerkschaftliche Funktionäre und Betriebsräte, bespioniert und denunziert“ zu haben. Zum Beweise dafür hat man sogar ein Schreiben dieser Spiegelzentrale an einen Direktor der „Bomag“ veröffentlicht, in dem Boges „gute Zusammenarbeit“ mit der „Somireda“ erwähnt wird, von der aber Boge selbst nichts weiß, weil er keine Spiegelkreatur ist, von denen es bekanntlich in der SPD., KPD. und anderen kommunistischen Organisationen wimmelt.

Eine Untersuchung des Metallarbeiterverbandes hat ergeben, daß gegen den Genossen Boge die Verleumdungen nur ausgeübt werden, um ihn von seinem Funktionärsposten im Betriebe zu entfernen, auf dem er einer Anzahl von Leuten unangenehm ist.

Der Metallarbeiterverband und selbstverständlich

auch der Bevollmächtigte, Genosse Ulrich, haben auf Grund des Untersuchungsergebnisses ganz einfach die Pflicht, den Genossen Boge als Funktionär der Organisation gegen die infame Verleumdung, er sei ein Unternehmerspion, in Schutz zu nehmen, wie es der Genosse Ulrich auch in der letzten Betriebsversammlung der „Bomag“ getan hat. Die kommunistische Presse kann diese Selbstverständlichkeit noch so „ungeheuerlich“ finden, das wird keinen Funktionär des Metallarbeiterverbandes, besonders den Bevollmächtigten Genossen Ulrich nicht, davon abbringen, der schädigen Verleumdung überall, auch in der Betriebsversammlung der freigewerkschaftlichen Arbeiter der „Bomag“ am nächsten Mittwoch mit aller Schärfe entgegenzutreten.

Im übrigen wird auch, wenn es juristisch möglich ist, die Verleumder zu stellen, diesen Herrschaften Gelegenheit gegeben werden, für ihre Behauptungen den Wahrheitsbeweis anzutreten.

Getarnter Faschismus

„Berufsständische“ Sozialreaktion

Ein „Bund für organischen Staats- und Wirtschaftsaufbau“ trat am Sonnabendnachmittag in der Technischen Hochschule an die Öffentlichkeit. Prof. Dr. Albrecht-Jena gab eine geschichtliche und soziologische Begründung der berufsständischen Sozialordnung. Er ging dabei von dem wechselläufigen Bild der Sozialordnung im 19. Jahrhundert aus und zeigte, daß das Verhältnis der Arbeiterschaft zu den Unternehmern den Charakter des organisierten Klassenkampfes annahm.

Als Gegenbewegung trat in der Nachkriegszeit die Forderung nach Vermittlung der berufsständischen Sozialordnung auf den Plan.

Dr. Borwerk bezeichnete den Einbau der Gewerkschaften in eine berufsständische Ordnung als unmöglich. Vorbildung dafür sei deren

Ausgelernt — arbeitslos

Das Schicksal der Jugend

Mit Unterstützung des Generalsekretärs der Katholischen Gesellenvereine in Köln hat der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge in Frankfurt a. M. eine Untersuchung darüber angestellt, wo die Handwerkslehrlinge nach dem Ablauf ihrer Lehrzeit bleiben. Wenn sich die Umfrage, deren wichtigste Ergebnisse im „Reichsarbeitsblatt“ Nr. 33 wiedergegeben sind, auch auf einen verhältnismäßig kleinen Kreis beschränkt, so ergeben sich dennoch recht interessante Aufschlüsse aus ihr, vor allem hinsichtlich der Möglichkeit der fachlichen Ertüchtigung dieser jungen Menschen durch eine der Lehrzeit unmittelbar folgende längere Gesellenzeit. Mit dieser Weiterbildung zwecks gründlicher Befestigung und Erweiterung des erlernten beruflichen Wissens sieht es jedenfalls sehr trübe aus, wobei noch zu bemerken ist, daß die Umfrage nur die Jahrgänge 1908 bis 1913 umfaßt, die also in den Jahren 1926 bis 1931 ihre Lehrzeit beendet hatten. Die Beendigung der Lehrzeit der befragten Personen fällt mithin noch zum erheblichen Teil in die Zeit der guten Konjunktur und nicht in das jetzt zu Ende gehende Jahr des furchterlichsten Konjunkturtiefs, in dem die Aussicht der Ausgelernten auf Weiterbildung nach geringer geworden ist.

Von den im Jahre 1926 Ausgelernten sind 21 Proz. sofort nach der Lehre entlassen worden, von den 1931 Ausgelernten dagegen 48 Proz., also fast die Hälfte. Von den 79 Proz. neugeborener Gesellen, die im Jahre 1926 noch bei ihrem Lehrmeister verbleiben durften, waren 55 Proz. länger als ein halbes Jahr als Geselle in ihrem Lehrbetrieb tätig. Im Jahre 1931 waren es von den 52 Proz. Jungausgelernten, die der Lehrmeister behielt, nur noch 37 Proz., die über ein halbes Jahr bei ihrer Lehrfirma als Geselle bleiben durften. Dieser Einschränkung der Weiterbildungsmöglichkeit und Verweigerung der Gesellenzeit der Junggesellen steht, wie jeder Beobachter des Handwerks weiß, keine oder nur eine sehr geringe Einschränkung der Lehrlingsausbildung gegenüber, weil die Lehrlingshaltung im Handwerk trotz gegenteiliger Behauptungen zuerst ein Lohnproblem und dann erst eine Frage des Nachwuchses ist.

Auch der zweite Teil der Untersuchung, der Auskunft über die Berufsverhältnisse sämtlicher erfassten Ausgelernten am Ende der Beobachtungszeit gibt, ist sehr interessant. Zu der Zeit waren nämlich nur 29 Proz. in dem erlernten Beruf und 6 Proz. in einem fremden Beruf tätig; fast zwei Drittel (65 Proz.) der mit so großen Hoffnungen erst in die Lehre und dann in den erlernten Beruf getretenen jungen Menschen waren „Stempelbrüder“. Charakteristisch ist auch, daß von den arbeitslosen jungen Handwerkern, die 1925 ihre Lehre beendet hatten, im Durchschnitt jeder 2,7 Monate arbeitslos war, bei denen jedoch, die ihre Lehrzeit im Jahre 1930 beendet hatten, betrug die durchschnittliche Arbeitslosigkeit bereits 6,3 Monate. Das war, wie bereits betont, die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt der Jungausgelernten bis zum Jahre 1930 oder 1931.

Wie schlimm es heute um das Berufschicksal dieser jungen Leute steht, kann man nur ahnen. Gewiß darf man diese Erhebung wegen ihres begrenzten Personentreffes nicht schematisch auf das gesamte deutsche Handwerk übertragen; es mag damals in manchem Gebiet besser, in vielen sicherlich aber auch noch schlechter ausgesehen haben. Diese Unterschiede, die auch zur Zeit bestimmt noch vorhanden sind, ändern aber an dem Gesamtbild nichts, monach es um die gelehrte Jugend geradezu trostlos steht. Das Problem der Arbeitsbeschaffung, das von den freien Gewerkschaften immer wieder in den Vordergrund ihrer dringenden Zeitforderungen gerückt wird, ist auch für unsere berufsuntätige Jugend eine Lebensfrage.

Der Reichsarbeitsminister hat dem Hanjand, der unter Hinweis auf die Aufhebung der „Pareno“ die Wiedergulassung der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung forderte, geantwortet, daß zwar für die Vermittlung von Arbeitsstellen die gewerkschaftliche Vermittlung wieder erlaubt sei, eine Ausdehnung dieser Erlaubnis auch auf andere Berufe komme jedoch nicht in Frage.

geistige und organisatorische Umstellung. Dazu kommt, daß die Vertretung der Angestellten- und Arbeitergruppe eines Berufsstandes immer nur eine — auf berufsständischem Boden stehende — Vereinigung haben könne, da ihr öffentlich rechtliche Aufgaben übertragen würden. Damit werde die Politik aus der Wirtschaft ausgegliedert (!?) Der Tariffaschismus solle zwar beseitigt werden, jedoch müßten Richtlinien gegeben werden, nach denen im Einzelbetrieb die Endlösung nach der Leistung festgelegt werden. Vorläufig zusammengefaßte Schiedsgerichte mit einem unparteiischen Vorsitzenden hätten für Beilegung von Streitigkeiten zu sorgen. Die letzte Entscheidung habe der Staat zu fällen, wodurch Streit und Ausperrungen, unmöglich gemacht würden.

*

Dieser — nur sehr wenig — getarnte Faschismus wird gewiß unter den Unternehmern keine Gegner finden. Berpflichtet er doch, den Kapitalismus von dem drohenden Sozialismus zu retten, ohne daß er sich — wie die bösen Gewerkschaften — unzustellen braucht. Streiks sollen verboten, der „Tariffaschismus“, d. h. auf gut deutsch, die Tarifverträge beseitigt. Löhne vom Unternehmer „nach der Leistung festgesetzt“ werden. Diese Unterjochung der Arbeiterklasse unter die Diktatur der Unternehmer wird als „Ausrichtung der (sozialistischen) Politik aus der Wirtschaft“ angepriesen.

Angestelltenschutz

Das „Gesetz über die Fristen für die Kündigung von Angestellten“ vom 9. Juli 1926 ist seit geraumer Zeit Gegenstand planmäßiger Angriffe der Unternehmerverbände. Gegenüber dieser Kritik am Kündigungschutzgesetz stellt der Vorstand des Bundes der technischen Angestellten und Beamten folgende Tatsachen fest:

Das Gesetz ist geschaffen worden, weil sich immer stärker zeigte, daß die Notlage der älteren Angestellten durch das allgemeine Streben der Unternehmer, bei Einstellungen jüngere, billigere und gefügigere Kräfte zu bevorzugen, dringend ein Eingreifen erheischte. Die Forderungen der Angestelltenvereine: Wiedepflicht für offene Stellen, Beschäftigungsverpflichtung, Anspruch auf Abfertigung, Beseitigung der Mißstände im Anzeigewesen und in der Lehrlingshaltung sind vom Gesetzgeber nicht erfüllt worden. Lediglich der Kündigungschutz und auch dieser bei weitem nicht in dem erforderlichen Ausmaß, wurde durch das Gesetz vom 9. Juli 1926 geschaffen, und damit wurde wenigstens für einige Monate Schutz vor der Vernichtung der Existenz durch die Stellenlosigkeit gewährt. Alle in der Zwischenzeit, insbesondere in der Krise, gesammelten Erfahrungen zeigen, daß das Gesetz diese seine einzige beschiedene Aufgabe auch erfüllt und sich darin bewährt hat.

Darüber hinaus muß der Schutz der Angestellten vor der Willkür und der hemmungslosen Abbaupolitik des Unternehmertums durch wirksame Maßnahmen gemäß den gewerkschaftlichen Forderungen ergänzt und durchgeführt werden.

Im Preussischen Landtag haben die Nationalsozialisten einen Antrag eingebracht, der von der Staatsregierung fordert, bei der Reichsregierung dafür einzutreten, daß durch Gesetz die Unternehmer zur Beschäftigung einer angemessenen Zahl älterer Angestellter verpflichtet werden.

Wozu dieser Umweg? Wenn die Nationalsozialisten für die älteren Angestellten etwas tun wollen, so ist im Reichstag dazu Gelegenheit.

Generalfreiwort in Salamanca

In der spanischen Universitätsstadt Salamanca ist der Generalfreiwort erklärt worden. Die Streitenden plünderten die Läden, wobei es zu Zusammenstößen mit der Polizei kam. Später wurden auch Infanterie- und Pionierabteilungen eingesetzt und Polizeiverstärkungen aus Madrid herangezogen. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Der Streik hat sich inzwischen auf die Provinz Salamanca ausgedehnt. Bis her sind 200 Ortschaften von der Streikwelle ergriffen worden. Der Autobusverkehr ist überall unterbrochen worden. Auch in Nordspanien dauert der Streik weiter an. In Ojion wurden die Bahngleise aufgerissen und elektrische Anlagen gesprengt. In Oviedo ist der Stierkampfsplatz in Brand gesteckt worden.

Der Zentralverband der Angestellten hat beim preussischen Finanzministerium eine Forderung erwidert, daß die letzte Gehaltsrate für Beamte und Behördenangestellte im Dezember 1932 bei direkter Verzählung am 23. Dezember, bei Ueberweisung auf ein Konto bereits am 20. Dezember 1932 erfolgt.

Hierzu 2 Beilagen

Weiße Zähne: Chlorodont

Zwei Lebende und ein Toter Roman von Sigurd Christiansen

Quisthus wurde von Berger und der Polizei bewußtlos neben der Hintertür gefunden. Lüderßen sah am Boden, verwirrt mit einem Loch im Kopf. Beide wurden ins Krankenhaus übergeführt, wo man bei Quisthus einen schweren Schädelbruch feststellte.

„Ja, ich finde noch immer, es war richtig. Ich finde noch immer, daß es sich nicht lohnt, für zweihundert Kronen zu sterben.“

Der Inspektor warf einen raschen Blick auf den Bericht. „Vorhin waren es siebentaufend?“

„Ja, ganz recht. Aber jetzt dachte ich an Quisthus. Der muß heute nacht für zweihundert Kronen sterben.“ Er lächelte ein hartes und verzerrtes Lächeln: „Ich hätte für siebentaufend sterben sollen.“

Da hob der Inspektor jäh und scharf den Kopf. „Finden Sie, daß dies eine Sache zum Scherzen ist?“

Berger war aufgestanden. Er stand da, elend und totenbleich.

„Ich scherze nicht“, sagte er. „Man hätte allen Grund, das mit Quisthus umgekehrt zu machen. Er hat auch eine Frau und ein kleines Kind.“

„Und das soll eine Rolle spielen, wo es eines Menschen heiligste Ehrbegriffe gilt? Ist das Ihre Ansicht?“

Es dauerte einen Augenblick, ehe Berger antwortete. „Ja“, sagte er, „es wird der Frau schwer genug fallen, sich durchzuschlagen. Und ich glaube, hätte sie ihm einen Rat geben können —“ Er verstummte plötzlich — ausweichend und unruhig.

Etwas Schweres und Beinliches war zwischen den beiden Männern angekommen, und der Inspektor brach verstimmt ab.

„Es genügt“, sagte er mit resignierter Stimme. — „Sie verstehen ja doch nicht, was ich meine.“

Als Berger vor dem Polizeiamt auf der Straße stand im Laternenschimmer und über Markt und Straßen blickte, wo die Autos vorbeijagten und das Leben seinen gewohnten, regelrechten Gang hatte, so als ob nichts geschehen wäre, fühlte er sich seltsam ausgehungert und schwach. Er fühlte einen Druck an den Schläfen und ein nebelhaftes Saufen in den Ohren.

Aber er richtete sich hoch und versuchte sich zusammenzunehmen.

Meint der Mensch da drin wirklich, was er sagt? fragte er sich selbst verwundert und ratlos. Meint er, ich müßte von Rechts wegen tot sein? Daß es feige war, den Kerls bloß die Kasse zu überlassen und nicht die Kasse und das Leben?

Als veröhnendes Moment fiel ihm ein, daß der Polizeinspektor Vier Reserveoffizier war. Er dachte nicht weiter drüber nach. Es strich nur so durch ihn hin, wie er da stand, blaß und unruhig.

Und doch erleichterte es ihn und half ihm weiter. Auch kam ihm der Gedanke, es sei besser, erst mal nach Hause zu gehen, ehe sie dort etwas erfahren und sich um ihn sorgten. Der Gedanke machte ihn straffer, und entschlossen begab er sich auf den Weg.

Um keinen Bekannten zu treffen, wählte er die am wenigsten belebten Straßen. Der Eindruck war noch zu frisch und überwältigend, als daß er schon darüber hätte sprechen können. In sich selbst aber suchte er zur Klarheit zu kommen und erlebte alles noch einmal: Die Spannung, die panische Angst, ehe er seinen Entschluß faßte, seine Verworrenheit auf der Straße, die ungläubigen Gesichter. Na ja, dachte er, sicher sah ich wie ein Betrübter aus. Mit bloßem Kopf aus dem Fenster rausgesprungen und mit einer solchen Neuigkeit.

(Fortsetzung folgt.)

Fritz Strich

Ein Porträt / Von Mira von Hollander-Munkh

Zweikourage und die eigenwillige Formung eines aufrechten Denk- und Lebensstiles gebehren nur selten in der Luft des deutschen wissenschaftlichen Betriebes um staatliche Institute und Hochschulen. Wenn ein deutscher Wissenschaftler aber doch solche Persönlichkeitsprägung hat, und wenn er dabei ein stiller, bescheidener, zu jedem Kometamtamt unfähiger Mann ist und sich, über das alles hinaus, auch noch den Luxus gestattet, ein guter Republikaner zu sein, dann kann es kein glorreiches Ende mit ihm nehmen in der deutschen Republik.

Schon Fritz Strichs Keuheres ist völlig unprofessoral: klein, zierlich, von ein wenig biedermeierischer Eleganz; das dicke, glatte, schwarze Haar wie eine enge Kappe um den Schädel gelegt, mit den großaufgeschlagenen, stillen, gütigen Zügen immer wie ins Leere oder vielleicht auch ins Uebervolle (der eigenen Seele) blickend. Dazu der langsame, den er pflegt, Junge gehende Mensch, Schwabinger vom reinsten Wasser und wildstem Feuer. Er lachte sich nicht die Korpsstudenten als Sieblingschüler aus. Man sah zu viele abgewetzte Köpfe in seinen Seminaren. Und auch das machte „böses Blut“, daß seine Hörsäle, obgleich er nur Privatdozent war, unverhältnismäßig dichter waren, daß sich um seinen Lehrstuhl viel mehr und viel betelligteres Schülervolk sammelte als um die Katheder der ordentlichen Professoren.

Mittelalter, Gotik, Renaissance

Von der „Propyläen-Weltgeschichte“ (Propyläen-Verlag, Berlin) liegen zwei neue Bände vor: „Das Mittelalter bis zum Ausgang der Staufer 400-1250“ und „Das Zeitalter der Gotik und Renaissance 1250-1500“. Beide Bände reihen sich den bisher erschienenen Teilen dieser Weltgeschichte würdig an. Die Buchausstattung ist wieder erstklassig. Die Bände enthalten eine Fülle von Illustrationen und Beilagen aller Art, aus denen die Kunst und überhaupt die Kultur und das Gesellschaftsleben der behandelten Epoche dem Leser klar werden. Der Text ist wieder von einer Reihe angelegener Spezialforscher verfaßt worden. Die einzelnen Beiträge gehen durchweg den gegenwärtigen Stand der bürgerlichen Geschichtsforschung in klarer und übersichtlicher Form wieder. Besonders zu rühmen ist, daß die Propyläen-Weltgeschichte sich auch in diesen Bänden nicht auf die üblichen Haupt- und Staatsaktionen des christlichen Abendlandes beschränkt. Sondern Byzanz und der Islam, Rußland und Indien werden in eigenen wertvollen Abhandlungen gewürdigt. Der wichtigste der Einzelbeiträge ist die Arbeit von Professor Fritz Kötig (Riel) über die „europäische Stadt im Mittelalter“. Kötig ist zur Zeit der beste Kenner der Hansa. Er hat über die Geschichte Lübeds und verwandte Themen mehrere hervorragende Arbeiten veröffentlicht. Kötig geht von den wirtschaftlichen Verhältnissen des Mittelalters aus, die er in allen Einzelheiten beherrscht. Aus der ökonomischen Grundlage entwickelt er die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse. Die Stellung der mittelalterlichen Kommune innerhalb des feudalen Staates, der Gegensatz zwischen Patriziern und Bürgern, der Frühkapitalismus, besonders in Flandern und Italien, und die sozialen Kämpfe der verarmten Leier, werden von Kötig in glänzenden Skizzen behandelt.

Arthur Rosenberg.

schafflichen Arbeiten gehen den zeitgenössischen, kämpferischen Dichtern. Seine Ausgabe der Briefe Bedefinds ist besonders verdienstvoll. Sein Buch „Dichtung und Zivilisation“ versucht die gegenwärtige Situation der Literatur zu klären und die schwierigen Bedingungen aufzuzeigen, unter denen heute dichterisches Gestalten in der Welt möglich ist.

Kein Wunder, daß dieses wahre und vorurteilslose Verstehen der modernen Literatur, das Strichs Münchener Vorlesungen, die auch eine große rednerische Leistung waren, immer mit einer großen Hörerschaft füllte, daß sein lokales Verhalten während der Münchener Revolutionstage, seine Kühnheit, mit der er sich nie auch nur den Anschein gab, politisch reaktionär zu sein, sein Verkehr mit „Literaten“ und sein Interesse für junge und ringende Kräfte (er bewies es besonders durch die Mitwirkung an der Verteilung des Kleistpreises) ihn höheren Dries „verdächtig“ gemacht hat. Wenn man dann noch hinzusetzt, daß er nicht arischer Abstammung ist, dann wird man die Gründe und Hintergründe für die dauernde Zurücksetzung, die er in Deutschland erfuhr, leicht zu erklären vermögen. Obgleich er einer der bekanntesten Vertreter seines Faches ist, weigerte man sich, ihn zum ordentlichen Professor zu machen. So konnte vor wenigen Jahren die Universität Basel einen guten Fang tun, indem sie Fritz Strich ein Ordinariat zur Verfügung stellte; natürlich wäre das innerhalb der deutschen Reichsgrenzen nicht möglich gewesen.



Wieder gesund!

Ich litt an Arterienverkalkung, Magenschmerzen und hatte zuviel Magensäure. Ich machte einen Versuch mit Zinsser Knoblauchsaft und spürte schon nach Gebrauch der ersten Flasche Besserung. Jetzt bin ich wieder so wie hergestellt, ich fühle mich sehr wohl und kann Ihren Knoblauchsaft nur empfehlen.

57546 Max Eidner, Zeiß, Gartenstr.

Zinsser = Knoblauch = Saft

ist appetitanregend, reinigt das Blut und den Darm, schafft gesunde Säfte und leistet bei Arterienverkalkung, zu hohem Blutdruck, bei Magen-, Darm-, Leber- und Gallenleiden, bei Nahrung, Rheumatismus und allen Stoffwechsellörungen gute Dienste. Eine Flasche kostet Mk. 3.—, eine Versuchsfasche nur Mk. 1.—. Geruchlos und ohne Geschmack sind Knoblauchkapseln und Knoblauch-Tabletten. Schachtel je Mk. 3.—. In den meisten Apotheken zu haben, Knoblauchsaft auch in den Drogerien, sonst direkt.

Dr. Zinsser & Co. G.m.b.H. Leipzig 75

70000 Anerkennungen über Zinsser-sau mittel (unverleib) beglaubigt. Unter Garantie-Qualitätsvereinbarung, Berlin C 25, Postamt Str. 20, Tel. Anhalterbahnhof 2274, weit auf Wunsch Bestellungen gegen nach

Unter Garantie-Qualitätsvereinbarung, Berlin C 25, Postamt Str. 20, Tel. Anhalterbahnhof 2274, weit auf Wunsch Bestellungen gegen nach

Jetzt Zollerhöhung statt Kontingente

Nur die Esel sind vergessen — Neue Bedrohung des Exports

Das Echo in der agrarischen Presse auf die Nachricht, daß sich der Reichswirtschaftsminister Warmbold und der Reichsernährungsminister von Braun handelseinig geworden sind, war verdächtig still. Brauns Bericht auf Fortsetzung der Kontingentierungspolitik hat die landwirtschaftlichen Interessenten nicht in den erwarteten Mutrausch verlegt. Noch liegt eine offizielle Erklärung, was zwischen Warmbold und von Braun vereinbart wurde, nicht vor. Aber die neue Waise, die Reichslandbund und Deutscher Landwirtschaftsrat aufgelegt haben, läßt Schluß zu.

Es geht wieder einmal um Zollerhöhungen auf Kosten einer vernünftigen Handelspolitik.

Eine Anzahl landwirtschaftlicher Erzeugnisse hatte bisher noch Zölle, die noch nicht jede Einfuhr unmöglich machten. Sie konnten noch nicht beliebig erhöht werden, weil sie in noch laufenden Handelsverträgen „gebunden“ sind. In „weiser Voraussicht“ hatte die Papen-Regierung jedoch die wichtigsten davon gekündigt. So läuft der deutsch-holländische Handelsvertrag Ende des Jahres, der deutsch-schwedische Mitte Februar nächsten Jahres ab; der deutsch-jugoslawische Handelsvertrag wurde zum 7. März 1933 gekündigt und über den deutsch-französischen Vertrag wird zur Zeit verhandelt.

Es wird nun verlangt, daß keinesfalls neue Zollbindungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse eingegangen werden, um die Zölle kräftig erhöhen zu können. Insbesondere verlangt man die Erhöhung der Zölle für folgende Erzeugnisse:

Eier, Speck, Schmalz, Rinder, Schafe, Fische, verschiedene Kohlsorten, Mohrrüben, Beeren, getrocknete Pflaumen, Nadelholz, und Jähholz.

Auch völlig unwichtige Zollpositionen sind nicht vergessen, wie z. B. Zierpflanzen und Kubergerinen, ein in Deutschland in nennenswertem Maße überhaupt nicht gebautes Gemüse, das nur in Luxusrestaurants als Delikatesse auf den

Tisch kommt. Die Forderung nach Erhöhung des Zolls auf Eier fehlt nur deshalb, weil Eier bisher zollfrei eingeführt werden können. Hoffentlich kommt sie nach, denn in seiner Kontingentsliste hatte der Deutsche Landwirtschaftsrat sie nicht vergessen mit der famosen Begründung, daß Deutschland seinen Eierbedarf selbst deckt.

Auf die Unvernunft der einzelnen Forderungen einzugehen, können wir uns heute sparen. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß es nach Erfüllung dieser Forderungen kein Agrarerzeugnis mehr gibt, dessen Einfuhr nicht durch protektionistische Zölle verhindert werden kann, und daß durch die Fortsetzung der agrarischen Abfertigungspolitik unser Industrieexport auf empfindlichste geschädigt werden würde. Denn von der Kündigung der Handelsverträge und der Erhöhung der Zölle werden nicht nur die Länder betroffen, denen gegenüber Deutschland die Verträge auskündigt, sondern überhaupt alle Länder, die nach Deutschland Agrarerzeugnisse importieren. So wird durch die Aufhebung der im deutsch-jugoslawischen Handelsvertrag festgelegten Bindung des Eierzolls von 5 M. nicht nur Jugoslawien getroffen, das 1931 an uns für 8,5 Millionen Mark Eier, d. h. 5 Proz. der deutschen Eierimporte verkaufte, sondern auch Holland, Dänemark, Lettland, Finnland, Rußland, Rumänien, Italien und viele andere.

So wünschenswert es wäre, den Absatz an deutschen Eiern zu erhöhen — es mit Zollerhöhungen und Preissteigerungen zu versuchen, ist helle Wahnsinn.

Denn die Eierexportländer werden notgedrungen sofort ihre Einfuhr an Industrieerzeugnissen aus Deutschland verringern oder gar einstellen, wenn durch brutale Zollerhöhungen ihnen der Export ihrer Waren nach Deutschland unmöglich gemacht wird. Das gleiche gilt für alle anderen landwirtschaftlichen Erzeugnisse, deren Einfuhr durch Zollerhöhung verhindert werden soll.

Die Folge der deutschen Zollerhöhungen wäre nur vermehrte Arbeitslosigkeit in der deutschen

Exportindustrie und damit Verringerung der Kaufkraft der breiten Massen für hochwertige Nahrungsmittel, so daß die deutsche Landwirtschaft selber nicht den geringsten Nutzen aus den Zollerhöhungen ziehen würde.

Es läßt sich nun einmal nicht aus der Welt diskutieren, daß selbst in der Zeit, als es der Landwirtschaft gut ging, nur 20 Proz. der deutschen Industrieproduktion von der deutschen Landwirtschaft gekauft wurden, 80 Proz. dagegen von der städtischen Bevölkerung und vom Ausland. Von der Kaufkraft der breiten städtischen Massen ist die Landwirtschaft abhängig und nicht umgekehrt. Deshalb wäre es der schwerste Schlag für jegliche Besserung der wirtschaftlichen Lage, wenn sich die Reichsregierung diesen kurzfristigen Interessentenforderungen gegenüber wohlwollend verhalten würde.

Polens neuer Zolltarif

Der neue Zolltarif ist jetzt von der polnischen Regierung veröffentlicht worden. Der Tarif, mit dem eine verstärkte Schutzpolitik durchgeführt werden soll, wird aber erst nach einem Jahre in Kraft treten, damit die Länder, die in der Zwischenzeit mit Polen noch einen Handelsvertrag abschließen wollen, hierzu Gelegenheit erhalten.

Neben einem sogenannten Normaltarif, der an und für sich schon sehr hohe Zölle besonders für Fertigfabrikate vorzählt, ist noch ein Maximaltarif festgelegt, dessen Zollbelastung um durchschnittlich 25 bis 35 Prozent über dem Normaltarif liegt. Der Normaltarif selbst ist nicht stark, sondern die Staaten, die mit Polen einen Handelsvertrag abschließen, können auf dem Verhandlungswege Zollermäßigungen erhalten. Da Deutschland seinerzeit den Handelsvertrag mit Polen nicht ratifiziert hat, wird die Frage brennend ob bis zum Inkrafttreten des neuen polnischen Zolltarifes nicht eine Neuregelung der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen geschaffen werden soll.

Kartellpolitik auf Filzpantoffeln

Das ostelbische Braunkohlensyndikat im stillen verlängert

In keinem der vielen Syndikate in Deutschland ist während der letzten Jahre so gerechtfertigte Kritik geübt worden wie an dem Ostelbischen Braunkohlensyndikat. In diesem Syndikat haben sich Methoden eingebürgert, durch die die Braunkohlenbrünette überflüssig verteuert, die freien Händler benachteiligt und die Kohlengruben selbst in ihrer Rentabilität geschädigt werden. Alles zugunsten einer mächtigen Interessentengruppe, die wichtige Braunkohlengruben und damit auch das Ostelbische Syndikat beherrscht.

Immer wieder sind Handel und Verbraucher gegen diese Braunkohlensyndikatur Sturm gelaufen. Die Interessentengruppe erwies sich jedoch mächtiger. Es blieb alles beim alten. Die letzte Hoffnung war schließlich die Erneuerung des Syndikatsvertrages, die ordnungsmäßig im Frühjahr 1933 fällig war. Die erwarteten Verhandlungen werden nicht stattfinden. Die Mächtigen in der ostelbischen Braunkohle haben es für gut befunden, den Syndikatsvertrag in aller Stille zu verlängern. Das ist ein Skandal, der keinesgleichen hat.

Nach dem Syndikatsvertrag können Erneuerungsverhandlungen, die Mächtigsten geben, gegen die Mißstände im ostelbischen Braunkohlensyndikat vorgehen, nur dann stattfinden, wenn 20 Proz. der am Vertrag beteiligten Rechen den Vertrag aufkündigen. Man hat im Oktober eine Reihe von Gesellschaften den Vertrag aufgekündigt, darunter Leuchhammer, die Anhalter Kohlenwerke und die Neuen Senftenberger Kohlengruben. Die Kündigungen machten rund 17 Prozent aus. Auch die 17 Prozent hätten Erneuerungsverhandlungen erzwingen können. Dem ist die herrschende Clique (Gnag, Weisheit und Konsorten) ausgewichen. Man hat die opponierenden Kohlengruben auf irgendeine Weise befriedigt.

Es heißt, daß die Weisheitgruppe ihnen höhere Quoten zugebilligt habe. Janag Weisheit, der sonst kein Geld aus dem Fenster wirft, hat es für nötig gehalten, so zu verfahren, weil er noch dem Caro-Weisheit-Projekt offenbar keinen weiteren Stunt haben will. Deshalb die

Verlängerung des Syndikats, ohne daß die Öffentlichkeit was davon erfährt. Deshalb diese Kartellpolitik in Filzpantoffeln. Die Werke, die kündigten, haben die Kündigung zurückgezogen!

So macht man in Deutschland Kohlenpreispolitik. Die Werke und die Verbraucher werden durch eine kleine Gruppe von Interessenten ausgebeutet. Wenn die Bevölkerung dessen müde ist und Abstellung der Mißbräuche verlangt, dann wird der ganz große Interessent dem kleinen Interessenten einen Bissen zu — und es geht im alten Trott weiter. Die Bevölkerung kann weiterhin überhöhte Preise zahlen.

Wir hoffen, daß der Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold sich diese Angelegenheit noch ansehen wird. Freilich, hat Warmbold schon wieder einen Kartellreferenten, nachdem Dr. Josten unter Papen abgehalftert worden ist?

Neuer Textilkraich

Die Schuld der Großbanken

Einer der führenden Samtwerebe-Kongerne in Deutschland, die Girmes u. Co. K. G. in Rheinland, hat jetzt gänzlich überraschend eine scharfe Sanierung, durch Zusammenziehung des Aktienkapitals im Verhältnis 10:1 vornehmen müssen. Hinter den Kulissen dieser Sanierung, die die Aktionäre neun Zehntel ihres Vermögens kostet, verbirgt sich ein toller Finanzindusriefandal an dessen Zustandekommen die bedenkenlose Kreditpolitik der Großbanken ein gerüttelt Maß Schuld trägt.

Bis zum Jahre 1920 hat die Girmes K. G. Bombendividenden von 10 und 15 Proz. gezahlt, obwohl schon damals die Bankschulden und anderen kurzfristigen Schulden das Aktienkapital von 5 Mill. bei weitem überstiegen. Im Jahre 1930, dem ersten blühenden Geschäftsjahre, erreichten die kurz-

fristigen Schulden mit mehr als 9,1 Millionen nahezu das Doppelte (!) des Aktienkapitals, ohne daß die Großbankgläubiger, an der Spitze die D.D.-Bank, deren Vorstandsmitglied Dr. Rehl sogar im Aufsichtsrat der Gesellschaft lag, sich zu einem Eingreifen veranlaßt gesehen hätten. Das Unternehmen hat sechs Jahre lang eine riesige Konzernexpansion ausschließlich mit Bankkrediten finanziert, und die Kreditkontrolle der Großbanken funktionierte so glänzend, daß man die Girmes K. G. in einem derart ausgehöhlten Zustande in die Krise gehen ließ. Dieser neue Industriefrach reißt sich, wenn auch nicht seinem Umfange, so doch seiner Vorpelschichte nach, würdig den größten Wirtschaftskandalen der letzten Jahre an.

Aufgedeckte Reserven

Guter Abschluß bei Blohm & Voß

Einen überraschend günstigen Abschluß für das am 30. Juni zu Ende gegangene Geschäftsjahr 1931/32 legt die Hamburger Großwerk Blohm u. Voß, Kommanditgesellschaft auf Aktien, vor. Obwohl die deutsche Wertindustrie seit Jahren eine schwere Sonderkrise durchmacht, obwohl Blohm u. Voß im Berichtsjahr nicht einen einzigen Neubausauftrag erhielten, ergab sich nach Abzug der unveränderten hohen regulären Abschreibungen (1,0 Mill. Mark) noch ein Reingewinn von 0,8 Mill. Mark. Eine Dividende wird nicht gezahlt.

Wenn schon dieser Reingewinn bei dem stark geschrumpften Auftragsbestand überrascht, so muß das noch mehr von den Sonderabschreibungen (2,5 Mill. Mark) und den neuen offenen Reserven (2,8 Mill. Mark) gelten. Diese Beträge sind Reserven aus früheren Jahren, die unter Schulden verbucht waren; sie sind zugleich ein Beweis dafür, daß diese Werte (die beste Deutschlands!) in guten Jahren sehr ausbreitend verdient und zugleich eine vorsichtige Finanzpolitik getrieben hat. Die gesamten Anlagen haben mit nur noch 11,5 Vorjahr 13,5) Mill. Mark zu Buche, ein Wert, der der Krisenlage der Wertindustrie „angepaßt“ ist.

Der Beschäftigungsrückgang bei

Blohm u. Voß zeigt sich im Rückgang des Kontos „in Arbeit befindliche Schiffe, einschließlich Borräte“, das sich von 1930 bis 1932 auf weniger als ein Viertel, von 41,8 auf 9,2 Mill. Mark ermäßigte. Fertiggestellt wurde ein Dampfer für amerikanische Rechnung. Sonst war die Werft nur mit Abwrack- und Reparaturarbeiten beschäftigt, so daß die Freitagswoche eingeführt werden mußte. Zur Zeit sind noch zwei Motorschiffe für die Hapag aus früheren Aufträgen im Bau.

Chemie-Gewinne

Scheideanstalt zahlt 9 Proz. Dividende Ueber eine Million für die Direktoren

Der Frankfurter Chemie-Konzern, Deutsche Gold- und Silber-Scheide-Anstalt, der wie immer sehr pünktlich mit seinem Jahresabschluss für das am 30. September beendete Geschäftsjahr 1931/32 herauskommt, schüttet eine Dividende von 9 Proz. aus. Im vergangenen Jahr hatte das Unternehmen seinen Aktionären 10 Proz. auf das Stammkapital von 35 Millionen gezahlt, womit die Gesellschaft im zweiten und dritten Jahr der Wirtschaftsschrumpfung eine ganz auffallende Krisenfestigkeit an den Tag legt.

Gewinn- und Verlustrechnung sowie Bilanz sind zum erstenmal nach den neuen Vorschriften der Aktienrechtsnovelle aufgestellt, so daß Vergleiche mit den letzten Jahren nicht ohne weiteres möglich sind. Ausgewiesen wird ein Bruttogewinn von 29,7 Millionen Mark, von dem nach Abzug sämtlicher Unkosten — darunter Löhne und Gehälter 11,39 Millionen Mark — sowie Abschreibungen und Steuern ein Reingewinn von 3,56 gegen rund 4 Millionen Mark im Vorjahre verbleibt.

Die einzelnen Fabrikationsabteilungen, die sich über die verschiedensten Gebiete der chemischen Industrie erstrecken, waren im Durchschnitt noch gut beschäftigt. Nur das Edelmetallgeschäft litt unter der Bundeswertung und der Devisenzwangswirtschaft. Zur allgemeinen Lage heißt es im Bericht der Verwaltung, daß gegen Ende des Geschäftsjahres der tiefste Punkt der Krise überschritten worden sei und das langsame Fortschreiten der Besserung als ein Zeichen anhaltender Befundung bewertet werden könne.

Im Geschäftsjahre des Vorjahres, der sich aus neun Mitgliedern und einem Stellvertreter zusammensetzt, werden fast 1 100 000 Mark (!!) ausgeworfen. Das sind im schwersten Jahr der Wirtschaftskrise wahrhaft aufreizende Summen. Vom Aufsichtsrat erhält jedes Mitglied rund 20 000 M.

Ende des Kupferkartells

Das Schicksal des internationalen Kupferkartells, das sechs Jahre lang bestanden und seinen Ehrgeiz stets in rücksichtsloser Preistreiberie gesucht hat, scheint besiegelt. Nach dem Austritt mehrerer Produzenten, der im Sommer erfolgte, sollte eine Konferenz in New York die Gegensätze verflüsseln und einen Beschluß über die Verlängerung der Produktionsbeschränkung (um 20 Proz. der Kapazität) fassen. Die Konferenz ist ergebnislos verlaufen.

Die tiefsten Ursachen für die Gegensätze liegen in den neuen englischen und amerikanischen Kupferzöllen. Eine Einfuhr nach Amerika (etwa aus Kanada oder Südamerika) ist ausgeschlossen; und die Einfuhr nach England soll nach den Beschlüssen von Ottawa den Produzenten des britischen Imperiums (Kanada, Rhodesien-Südafrika) vorbehalten bleiben. Außerdem sind die Produzenten von Rhodesien in diesem Jahre voll produktionsfähig geworden und verlangten daher eine Erhöhung ihrer Marktquote, die abgelehnt wurde. Es steht zu erwarten, daß alle afrikanischen Kupferproduzenten (auch die französische Gesellschaft Haut Katanga) ihre Produktion jetzt wesentlich ausdehnen werden.

Über die Weltvorräte an raffiniertem Kupfer betragen Ende Oktober 780 000 Tonnen, das ist mehr als ein ganzer Jahresverbrauch der Welt. Daß unter diesen Umständen der Kupferpreis in diesem Jahr wieder von 7,5 auf 5,0 Cents je Pfund gesunken ist, kann nicht verwundern.

Drei Prozent Umsatzsteuer in Norwegen. Die norwegische Regierung hat einen Gesetzesentwurf ausgearbeitet, der eine Umsatzsteuer von 3 Proz. für alle Waren im Kleinhandel vorstelt, ausgenommen Reis, Brot, Milch und Sahne. Die Steuer soll am 1. Februar nächsten Jahres in Kraft treten und vorläufig bis 30. Juni Geltung haben. Höchstwahrscheinlich wird sie aber verlängert werden.

In jede Küche gehören:

MAGGI^s Erzeugnisse

Würze Suppen Fleischbrühe sie helfen sparsam wirtschaften

Sammeln Sie MAGGI-Gutscheine, es lohnt sich!